

PROSPEKT

OGAW nach der EU-
Richtlinie 2009/65/EG

I. Allgemeine Merkmale

Form des OGAW

Bezeichnung: HSBC GLOBAL EMERGING MARKETS PROTECT 80 DYNAMIC

Rechtsform und Mitgliedstaat, in dem der OGAW errichtet wurde:

Fonds Commun de Placement nach französischem Recht.

Datum der Auflegung und vorgesehene Laufzeit:

Der Fonds wurde am 3. Januar 2011 für eine Dauer von 99 Jahren aufgelegt.

Zusammenfassung des Anlageangebots:

ISIN-Code	Verwendung der ausschüttungsfähigen Beträge	Fondswährung	Betroffene Zeichner
FR0010949172	Verwendung des Ergebnisses und der netto realisierten Veräußerungsgewinne: Thesaurierung	EUR	Alle Zeichner

Angabe des Ortes, an dem der letzte Jahresbericht und der letzte Zwischenbericht erhältlich sind:

Die letzten Jahresberichte und die Aufstellung des Fondsvermögens werden den Anteilhabern innerhalb von acht Geschäftstagen zugesendet, wenn sie eine einfache schriftliche Anfrage richten an:

HSBC Global Asset Management (France)

75419 Paris cedex 08

E-Mail: hsbc.client.services-am@hsbc.fr

Für zusätzliche Informationen können Sie sich gerne an den Kundenberater Ihres gewöhnliche Vertriebsnetzwerks wenden.

II Für den OGAW tätige Stellen**Verwaltungsgesellschaft:**

HSBC Global Asset Management (France)

Sitz: Cœur Défense, 110 esplanade du Général de Gaulle – La Défense 4 - 92400 Courbevoie
Postanschrift: 75 419 Paris cedex 08

HSBC Global Asset Management (France) ist eine von der französischen Finanzmarktaufsicht (Autorité des Marchés Financiers am 31. Juli 1999 unter der Nummer GP99026 zugelassene Portfolioverwaltungsgesellschaft.

Verwahrstelle und Depotbank:

CACEIS Bank, Aktiengesellschaft (société anonyme), die von der französischen Aufsichtsbehörde (Autorité de Contrôle Prudentiel et de Résolution – ACPR) als Kreditinstitut zugelassen wurde und als Bank Anlagedienstleistungen erbringt.

Hauptverwaltung: 1-3, place Valhubert – 75013 Paris.
Postanschrift: 75206 Paris cedex 13.

Die Funktionen der Verwahrstelle umfassen die in den geltenden Vorschriften festgelegten Aufgaben, d. h. die Verwahrung des Vermögens, die Kontrolle der Vorschriftsmäßigkeit der Entscheidungen der Verwaltungsgesellschaft und die Überwachung der Cashflows der OGAW.

Die Verwahrstelle ist von der Verwaltungsgesellschaft unabhängig.

Beauftragte:

Die Beschreibung der übertragenen Verwahrungsfunktionen, die Liste der Beauftragten und Unterbeauftragten der CACEIS Bank und die Angabe sämtlicher Interessenkonflikte, die sich aus der Aufgabenübertragung ergeben können, sind auf der Internetseite von CACEIS: www.caceis.com verfügbar.

Den Anlegern werden auf Antrag Informationen auf dem neuesten Stand übermittelt.

Für die zentrale Erfassung der Zeichnungs- und Rücknahmeaufträge zuständige Stelle:

CACEIS Bank.

Hauptverwaltung: 1-3, place Valhubert – 75013 Paris.
Postanschrift: 75206 Paris cedex 13.

Die Verwahrstelle wurde ferner von der Verwaltungsgesellschaft mit der Anteilsverwaltung des Fonds beauftragt. Diese umfasst die zentrale Erfassung der Zeichnungsanträge und Rücknahmeaufträge für die Anteile des Fonds sowie die Führung des Sammelkontos für die Anteile des Fonds.

Abschlussprüfer:

Pricewaterhousecoopers Audit

63, rue de Villiers
92200 Neuilly sur Seine
Vertreten durch Herrn Benjamin MOISE.

Vertriebsstellen:

HSBC Global Asset Management (France)

Sitz: Cœur Défense, 110 esplanade du Général de Gaulle – La Défense 4 - 92400 Courbevoie Postanschrift: 75 419 Paris cedex 08

HSBC Trinkaus & Burkhardt AG

Sitz: Königsallee 21 / 2340212Düsseldorf, Deutschland
Postanschrift: Königsallee 21 / 2340212Düsseldorf, Deutschland

Dieser FCP kann im Rahmen eines Lebensversicherungsvertrags in Rechnungseinheiten gezeichnet werden.

Dem Anteilinhaber wird mitgeteilt, dass nicht unbedingt alle Vertriebsstellen des Fonds von der Verwaltungsgesellschaft beauftragt wurden und Letztgenannte die vollständige Liste der Vertriebsstellen des Fonds nicht erstellen kann, da diese Liste sich ständig ändert.

Beauftragte:

- **Mit der Rechnungslegung beauftragte Stelle:**
CACEIS Fund Administration
Hauptverwaltung: 1-3 place Valhubert – 75013 Paris.
Postanschrift: 75206 Paris cedex 13.

CACEIS Fund Administration ist eine Gesellschaft (société commerciale), die auf die Rechnungslegung von OGAW spezialisiert ist, und eine Tochtergesellschaft von France CACEIS. CACEIS Fund Administration ermittelt insbesondere den Nettoinventarwert des Fonds und erstellt die regelmäßigen Berichte.

Berater:

Keine.

III. Angaben zu Betrieb und Verwaltung**III-1 Allgemeine Merkmale****Merkmale der Anteile:**

- ISIN-Code: FR0010949172
- Art der mit den Anteilen verbundenen Rechte: Jeder Anteilinhaber besitzt ein Miteigentums-recht am Vermögen des Fonds entsprechend der Anzahl der ihm gehörenden Anteile.
- Modalitäten für die Verwaltung der Passiva: Für die Verwaltung der Passiva ist die CACEIS Bank verantwortlich. Es wird darauf hingewiesen, dass die Anteilsverwaltung über Euroclear France erfolgt.
- Stimmrechte: Da der Fonds ein Miteigentum von Wertpapieren darstellt, ist mit den gehaltenen Anteilen keinerlei Stimmrecht verbunden. Die Beschlüsse in Bezug auf den Fonds werden von der Verwaltungsgesellschaft im Interesse der Anteilinhaber getroffen.
- Form der Anteile: Die Anteile des Fonds sind Inhaberanteile. Die Zeichnung reiner Namensanteile unterliegt einer vorherigen Genehmigung durch die Verwaltungsgesellschaft.
- Anteilbruchteile: Die Anteilinhaber können Tausendstel von Anteilen zeichnen.

Ende des Geschäftsjahres/Abschlussstichtag:

Letzter Nettoinventarwert des Monats Dezember. Der erste Abschlussstichtag ist der letzte Tag im Dezember 2011, an dem der Nettoinventarwert berechnet wird.

Angaben zur Besteuerung:

Die Eigenschaft des Fonds als Miteigentum hat zur Folge, dass er nicht unter den Anwendungsbereich der französischen Körperschaftssteuer unterliegt.

Darüber hinaus werden durch die Gesetzgebung die im Rahmen der Verwaltung des Fonds erzielten Gewinne aus Wertpapierveräußerungen befreit, vorbehaltlich, dass keine natürliche Person direkt oder als zwischengeschaltete Person mehr als 10% der Anteile des Fonds hält.

Die in Frankreich geltende Besteuerung ist in Abhängigkeit der Eigenschaft des Anteilinhabers (natürliche Personen, der französischen Körperschaftssteuer unterliegende juristische Personen, der französischen Einkommenssteuer unterliegende Unternehmen, Personengesellschaften usw.), seines Wohnsitzlandes und der Art der Anlagen unterschiedlich.

Als unverbindlich Angabe: Das französische Steuersystem für eine natürliche Person wäre das Folgende:

In Frankreich ansässige Personen:

- Bei der Veräußerung, der Rückzahlung oder der Rücknahme von Anteilen Anwendung der Besteuerung der Gewinne aus Wertpapierveräußerungen.

Außerhalb Frankreichs ansässige Personen:

- Bei der Veräußerung, der Rückzahlung oder der Rücknahme von Anteilen sind die Gewinne in Frankreich unter Anwendung der Bestimmungen von Artikel 244 bis C des frz. Code général des impôts nicht steuerpflichtig.
- Keine Sozialabgabenpflicht.

Die zuvor beschriebenen Steuersysteme betreffen das direkte Halten der Anteile.

Es findet ein anderes Steuersystem Anwendung, wenn die Anteile des Fonds über andere Vehikel (Aktiensparplan, verschiedene Lebensversicherungsverträge usw.) gehalten werden.

Die in Frankreich geltenden Regeln werden vom frz. Code général des impôts bestimmt und können vom Gesetzgeber geändert werden.

Allgemein wird jeder Anteilsinhaber des Fonds gebeten, sich an seinen üblichen Steuerberater oder Kundenberater zu wenden, um die auf seine besondere Situation zutreffenden Steuerregeln zu ermitteln. Diese Analyse kann ihm in gewissen Fällen von seinem zuständigen Berater in Rechnung gestellt werden und kann keinesfalls vom Fonds oder der Verwaltungsgesellschaft übernommen werden.

III-2 Besondere Bestimmungen

Schutz: nicht garantiertes Kapital.

Der FCP verfügt über einen teilweisen Schutz, dessen Modalitäten im Absatz „Garantie und Schutz“ beschrieben werden.

Anlageziel:

Das Anlageziel des OGAW lautet:

1. Das investierte Nettokapital teilweise zu 80% des letzten Nettoinventarwerts des Vormonats zu schützen, wie im Absatz „Garantie oder Schutz“ näher beschrieben.
2. Die Engagements des Fonds an den Aktienmärkten von Schwellenländern dynamisch zu verwalten und dadurch an der Entwicklung dieser Märkte (ohne Absicherung des Wechselkursrisikos) sowie des Geldmarkts zu variablen Anteilen zu partizipieren, die insbesondere von den Marktbedingungen, dem Niveau des Nettoinventarwertes und des Absicherungsniveaus abhängig sind.
3. Und bei einer ungünstigen Marktentwicklung ein umfassenderes Engagement am Euro-Geldmarkt einzugehen, damit das Portfolio seinen Schutz erfüllen kann.

Eignung des OGAW:

Der Fonds richtet sich an Anleger, die im Gegenzug für einen Abfederungseffekt bei Rückgängen akzeptieren, nur teilweise an dem Anstieg der Aktienmärkte mittels eines Engagements in den Schwellenländern (ohne Absicherung des Wechselkursrisikos) in variablen Anteilen und gegebenenfalls am Euro-Geldmarkt zu partizipieren. Dies geschieht über eine dynamische und tägliche Verwaltung der Allokation unter risikobehafteten und nicht risikobehafteten Vermögenswerten je nach Marktbedingungen, wobei gleichzeitig ein monatlicher

Kapitalschutz genutzt wird, der am Ende jedes Monats ausgegeben wird, ohne Einbezug von Ausgabeaufschlägen.

Vor- und Nachteile des OGAW:

Vorteile	Nachteile
<p>1) Der Fonds bietet eine mögliche Partizipation am Anstieg der Aktienmärkte in den Schwellenländern. Der Verwalter steuert das Engagement an den Aktienmärkten in den Schwellenländern auf dynamische Weise, um die Wertentwicklung des Fonds zu optimieren und gleichzeitig den Schutz des Fonds zu erhalten.</p> <p>2) Dank der Schutzvorrichtungen des Fonds kann er sein Risikoniveau bei rückläufigen Märkten verringern.</p> <p>3) Bei einem umfassenden Marktrückgang hat der neue gewährte Schutz von 80% des Nettoinventarwerts am Ende des Vormonats eine Gültigkeit von einem Monat und liegt unter dem zuvor gewährten Schutzniveau, das fällig wird. Dieser neue niedrigere Schutz kann es dem Fondsmanager erlauben, den Fonds erneut in Aktien zu investieren und somit von ihrem eventuellen Wiederanstieg profitieren.</p>	<p>1) Aufgrund des Zieles des Kapitalschutzes kann der Fonds lediglich teilweise von der Wertentwicklung der Märkte profitieren.</p> <p>2) Bei einem umfassenden Marktrückgang kann das Engagement an den Aktienmärkten der Schwellenländer stark verringert oder sogar auf null herabgesenkt werden. Der Fonds würde dann im Wesentlichen Anlagen halten, die sich wie Geldmarktpapiere entwickeln. Dies ist der Fall bis der geltende Schutz fällig wird.</p> <p>3) Das Schutzniveau beträgt 80% des Nettoinventarwerts vom Ende des Vormonats, der Schutz kann somit während der Laufzeit des Fonds bei einem Rückgang des Nettoinventarwerts verringert werden und der Fonds kann einen monatlichen Kapitalverlust von höchstens 20% erleiden.</p> <p>Der Fonds ist dem Risiko einer vollständigen Desensibilisierung der Performance der risikobehafteten Anlagen ausgesetzt, was vorübergehend eine umsichtige Verwaltung zur Folge haben kann, was bedeutet, dass die Zeichner in diesem Fall darauf verzichten, von einer Erholung der Performance der risikobehafteten Anlagen zu profitieren.</p>

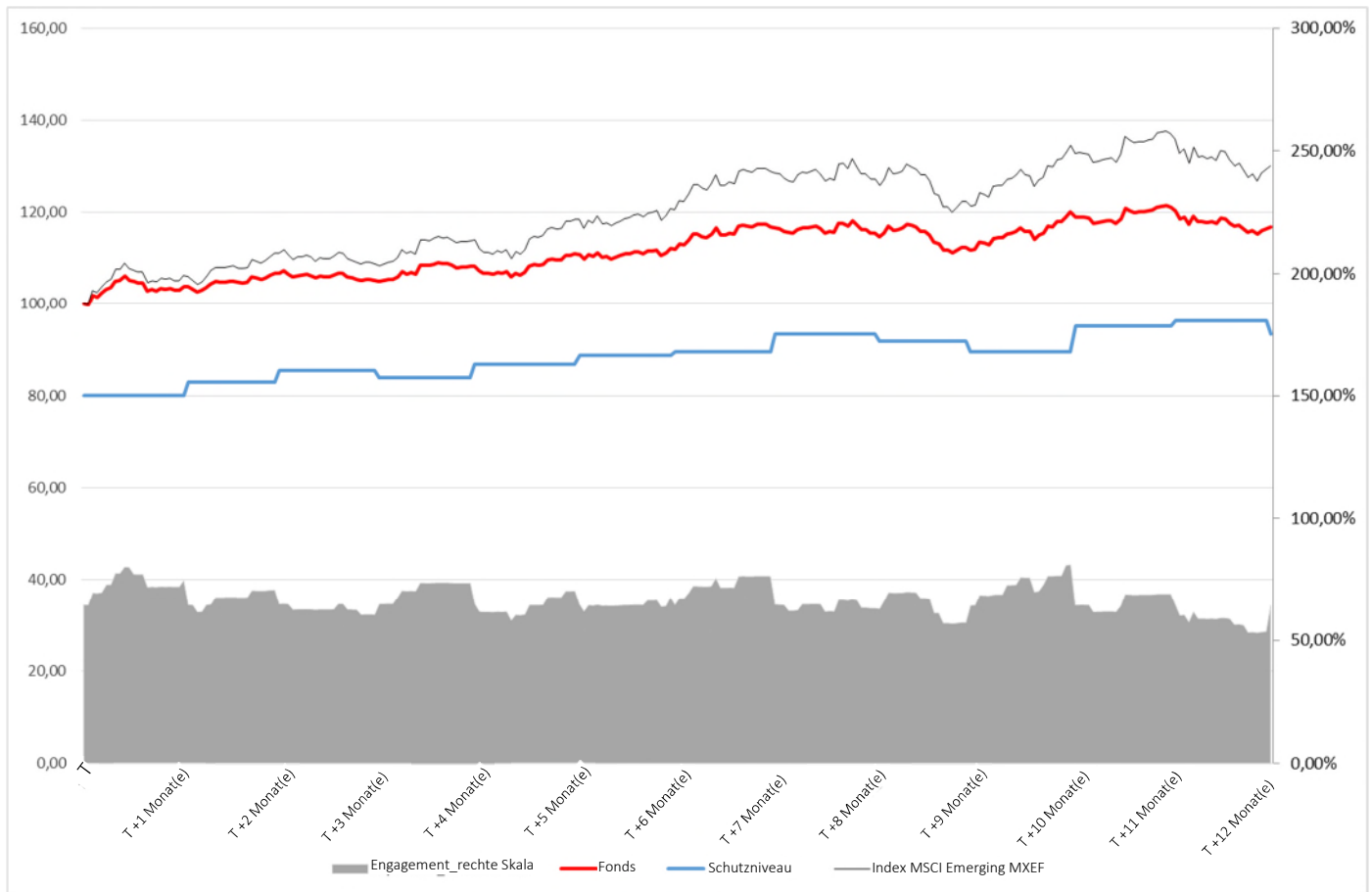
Referenzindex:

Aufgrund seines Anlageziels und der verfolgten Anlagestrategie kann für diesen Fonds kein zutreffender Referenzindex angegeben werden. Denn die Verwaltungsgesellschaft des Fonds wird das Engagement des Fonds an den Aktienmärkten der Schwellenländer dynamisch verwalten und behält sich die Möglichkeit vor, das Engagement an diesen Märkten bis auf 0% zu verringern, um den Fonds zu schützen. Aufgrund dessen kann das Engagement des Fonds an den Aktienmärkten im Laufe der Zeit sehr unterschiedlich ausfallen, weshalb der Vergleich mit einem feststehenden Referenzindex unwirksam wäre.

Weiter unten finden Sie zur Veranschaulichung das erwartete Verhalten des FCP. Die 3 Beispiele entsprechen typischen Marktkonstellationen und werden zur Veranschaulichung der im FCP verwendeten Verwaltungsmethode angegeben. Sie dürfen nicht als vertragliche Verpflichtung der Verwaltungsgesellschaft oder des Fondsmanagers angesehen werden, die in diesen Beispielen angegebenen Wertentwicklungen zu erreichen, auch nicht in anscheinend gleichen Marktkonstellationen.

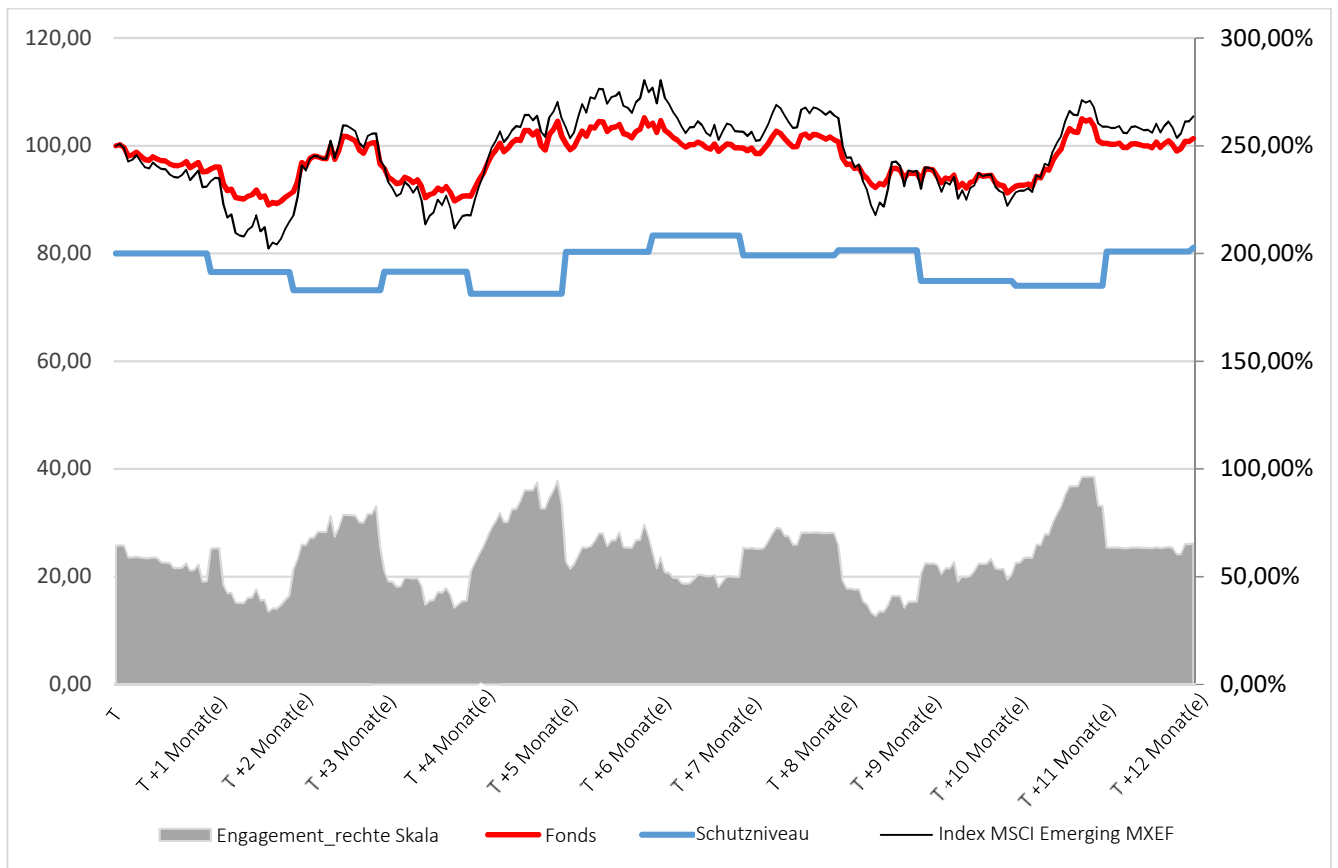
Beispiel für die Entwicklung des Nettoinventarwerts des FCP im Falle einer günstigen Marktentwicklung: ein steigender Aktienmarkt (simulierte Entwicklung über 12 Monate auf der Grundlage von zufälligen

Kalkulationen an den Aktienmärkten in den Schwellenländern, ohne Absicherung des Wechselkursrisikos)



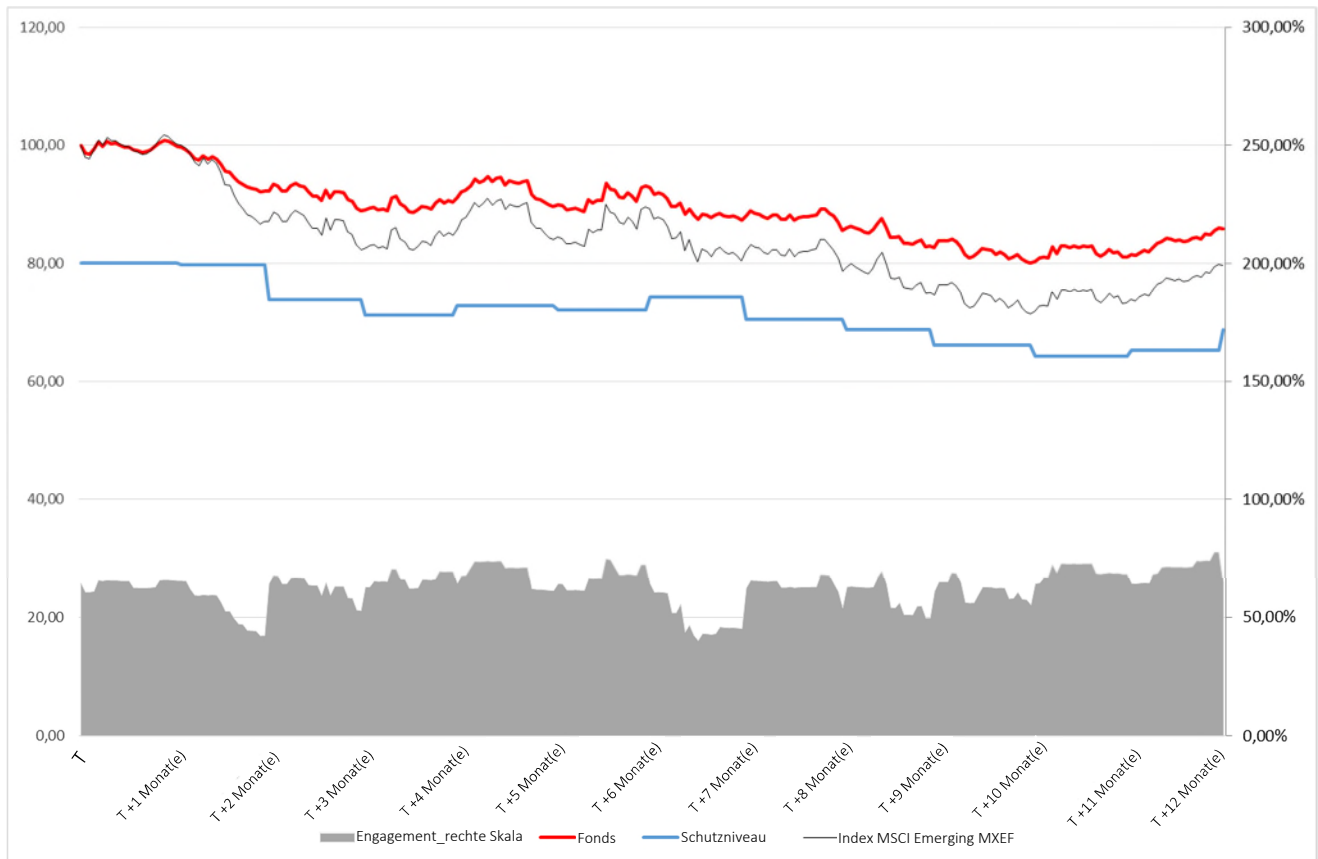
In der simulierten Konstellation verbuchte der Markt im Simulationszeitraum (1 Jahr) einen Zuwachs von 30,08 %. In dieser Marktlage ist der FCP um 16,76 % gestiegen. Ein Anleger, der ohne Berücksichtigung der Ausgabeaufschläge zu Anfang des Simulationszeitraums 100 Euro investiert hat, hat nach 12 Monaten 116,76 Euro erhalten.

Beispiel für die Entwicklung des Nettoinventarwerts des FCP im Falle eines volatilen Marktes ohne Trend (simulierte Entwicklung über 12 Monate auf der Grundlage von zufälligen Kalkulationen an den Aktienmärkten in den Schwellenländern, ohne Absicherung des Wechselkursrisikos).



In diesem Beispiel weist der Markt im Simulationszeitraum (12 Monate) keinen eindeutigen Trend auf und verzeichnet eine Wertentwicklung von 5,46 %. In dieser Marktkonstellation ist der FCP um 1,37% gestiegen. Ein Anleger, der ohne Berücksichtigung der Ausgabeaufschläge zu Anfang des Simulationszeitraums 100 Euro investiert hat, hat nach einem Jahr 101,37 Euro erhalten.

-Beispiel für die Entwicklung des Nettoinventarwerts des FCP im Falle einer ungünstigen Marktentwicklung: ein stark rückläufiger Aktienmarkt (simulierte Entwicklung über 12 Monate auf der Grundlage von zufälligen Kalkulationen an den Aktienmärkten in den Schwellenländern, ohne Absicherung des Wechselkursrisikos).



In diesem Beispiel verbuchte der Markt im Simulationszeitraum (12 Monate) einen Rückgang von -20,3 %. In dieser Marktkonstellation ist der FCP um -14,17 % gefallen. Ein Anleger, der ohne Berücksichtigung der Ausgabeaufschläge zu Anfang des Simulationszeitraums 100 Euro investiert hat, hat nach einem Jahr 85,83 Euro erhalten.

Anlagestrategie:

Die Anlagestrategie des Fonds lautet, die erwartete potenzielle Wertentwicklung zu maximieren, dabei muss er jedoch den gegebenen Schutz erfüllen.

Die risikobehafteten und nicht risikobehafteten Vermögenswerte, die im Rahmen der Verwaltung des Fonds verwendet werden, bestehen aus den nachfolgenden Komponenten:

- Risikobehaftete Vermögenswerte: Ein Risikobehafteter Vermögenswert besteht hauptsächlich aus Futures auf Aktienindizes der Schwellenländer. Das Engagement an den Aktienmärkten kann auch durch den Kauf von Körben bestehend aus Aktien, Swaps oder OGAW-Anteilen erreicht werden. Darüber hinaus kann der Fonds außerbörslich mit festen und bedingten Finanztermingeschäften handeln. Ein Risikobehafteter Vermögenswert besteht ebenfalls aus Swaps/Devisentermingeschäften;
- Nicht risikobehaftete Vermögenswerte: Ein nicht risikobehafteter Vermögenswert besteht hauptsächlich aus auf Euro lautenden Schuldtiteln, die ein kurzfristiges Rating von mindestens A-1/P-1, oder von der Verwaltungsgesellschaft als äquivalent angesehen, aufweisen, Zinsswaps,

Performance-Swaps oder Zinsfloors und/oder kurzfristigen Geldmarkt-OGAW, die also ein niedriges Risiko aufweisen.

Der Fonds kann sich auf ein Gap Swap, ein Swap-Finanzinstrument zur Absicherung stützen, das es ihm erlaubt, sich gegen extreme Marktrisiken zu schützen.

Die Verwaltungsgesellschaft stützt sich nicht ausschließlich und automatisch auf Ratings, die von den Ratingagenturen abgegeben wurden, und bevorzugt bei der Bewertung der Bonität der Vermögenswerte und der Auswahl der Wertpapiere zum Kauf oder Verkauf ihre eigene Analyse des Kreditrisikos.

Um seinen Schutz zu erfüllen, handelt es sich bei der Anlagestrategie um eine Portfolioabsicherungsstrategie, die in der Finanzliteratur unter dem Namen „CPPI“ (für „Constant Proportion Portfolio Insurance“) bekannt ist. Diese Strategie wird im Fonds mit der Strategie der Vermögensaufteilung des Fondsmanagers verbunden.

Diese Strategie wird in drei Schritten ausgeführt:

- Zunächst wird der Fondsmanager in Abhängigkeit des gegebenen Schutzprofils den Mindestbetrag festlegen, den er heute halten muss, um sicher sein zu können, den Schutz zu erfüllen. Dieser Betrag wird als „Untergrenze“ bezeichnet. Diese Untergrenze befindet sich über dem Schutzniveau, da sie die Rendite des risikolosen Vermögenswerts (die negativ sein kann) und die vom Fonds getragenen, nicht reduzierbaren Gebühren berücksichtigen muss.
- Der Unterschied zwischen diesem Betrag und dem Nettovermögen des Tages bestimmt den Betrag, den der Fonds risikobehaftete Vermögenswerte investieren kann, ohne dabei den Schutz aufs Spiel zu setzen (dieser Betrag wird als „Polster“ bezeichnet).
- Daraufhin wird der Betrag, der für den risikobehafteten Vermögenswert verwendet werden kann, vollständig oder teilweise an den potenziellen Aktienmärkte aufgeteilt, in Abhängigkeit der Erwartungen der Verwaltungsgesellschaft. Die für die Festlegung des Engagements an den Aktienmärkten verwendeten Bewertungsmodelle werden von der Verwaltungsgesellschaft entwickelt.

Dieses Engagement kann über die direkte Anlage in Aktien, Derivate (Futures oder Optionen auf Aktien oder Aktienindizes für ein Engagement in den Schwellenländern) oder OGAW erlangt werden.

Der Anteil von risikobehafteten und nicht risikobehafteten Vermögenswerten wird daraufhin im Bedarfsfall bei Marktentwicklungen angepasst. Allgemein und unter sonst gleichen Bedingungen kann das Engagement in Aktien der Schwellenländer angehoben werden, wenn der Unterschied zwischen dem Nettoinventarwert des Fonds und der Untergrenze ansteigt, und gesenkt werden, wenn der Unterschied zwischen dem Nettoinventarwert des Fonds und der Untergrenze sinkt.

Im Falle eines sehr ungünstigen Szenarios, wenn der Nettoinventarwert also sehr wenig über der Untergrenze lag, wird der FCP vollständig aus dem Aktienrisiko aussteigen. Der Fonds würde dann im Wesentlichen Anlagen halten, die sich wie nicht risikobehaftete Geldmarktpapiere entwickeln. Dies ist der Fall bis der geltende Schutz fällig wird (also einige Wochen lang, maximal 1 Monat).

Für die Zusammensetzung des Vermögens in Frage kommende Finanzinstrumente:

Diese Art von Strategie wird wahrscheinlich über mehrere Arten von Instrumenten umgesetzt werden, in Abhängigkeit der Marktchancen. Es werden wahrscheinlich die nachstehenden Instrumente verwendet:

Art der Instrumente	Vorgesehener Einsatz	Merkmale	Gewöhnliche r vorgesehene r Umfang des Einsatzes	Einzuhaltende Spanne
Aktien* oder ähnliche Wertpapiere	Anlage des Portfolios und Engagement	Aktien aus Schwellenländern	0%	0-100%

Schuldverschreibungen oder andere Schuldtitel; Termineinlagen	Zu Anlagezwecken des Portfolios	Im Wesentlichen Staatsanleihen oder Unternehmensanleihen mit kurzfristigem Rating von A-1 / P-1	60%-100%	0-100%
Feste oder bedingte Termingeschäfte auf internationale Aktien oder Aktienindizes, die an organisierten Derivatmärkten oder außerbörslich gehandelt werden **	Engagement des Portfolios oder Absicherung	Futures auf Aktienindizes der Schwellenländer	0%-100%	0-100%
Zins- oder Währungsderivate **	Zur Verwaltung des Schutzes	Zinsswaps, Devisenswaps, Devisentermingeschäfte, Non Deliverable Forward (NDF)	0%	0-100%
Instrument zur Absicherung der extremen Marktrisiken	Zur Absicherung Grundlage: Nettoinventarwert zum Ende des Vormonats × Anzahl der Anteile	Gap Swap	80%-100%	0-100%
Anteile sonstiger OGA	Als Anlage (kurzfristige Geldmarkt-OGAW, lautend auf Euro oder Dollar), Engagement (Aktien-OGAW, ETF)	Französische oder europäische OGAW, die gegebenenfalls von derselben Verwaltungsgesellschaft wie der Fonds verwaltet werden.	0%-30%	0-50 %
Barkredite			0-10%	0-10%

Die Verwaltungsgesellschaft stützt sich nicht ausschließlich und automatisch auf Ratings, die von den Ratingagenturen abgegeben wurden, und bevorzugt bei der Bewertung der Bonität der Vermögenswerte und der Auswahl der Wertpapiere zum Kauf oder Verkauf ihre eigene Analyse des Kreditrisikos.

* Die Stimmrechtspolitik der Verwaltungsgesellschaft entspricht der auf unserer Internetseite (www.assetmanagement.hsbc.com/fr).

**** Weitere Informationen zu außerbörslich gehandelten Finanztermingeschäften:**

Die für diese Geschäfte zulässigen Gegenparteien werden laut dem im Absatz „Kurzbeschreibung des Verfahrens der Auswahl der Finanzintermediäre“ beschriebenen Verfahren ausgewählt.

Die im Rahmen dieser Geschäfte gestellten Sicherheiten unterliegen Grundsätzen bezüglich Sicherheiten, die auf der Internetseite der Verwaltungsgesellschaft abrufbar sind.

Diese Grundsätze bezüglich Sicherheiten bestimmen:

- den auf die Sicherheiten angewendeten Bewertungsabschlag. Dieser hängt von der Volatilität des Wertpapiers ab, die wiederum durch die Art der erhaltenen Vermögenswerte, das Rating, die Laufzeit des Wertpapiers etc. beeinflusst wird. Der Abschlag soll sicherstellen, dass der Wert der gewährten Sicherheit höher ist als der Marktwert des Finanzinstruments.

Die als Sicherheit akzeptierten Vermögenswerte, die aus Barmitteln, Staatsanleihen, kurz-/mittelfristigen Wertpapieren und Schuldtiteln / Anleihen von privaten Emittenten bestehen können.

Die Sicherheiten, bei denen es sich nicht um Barmittel handelt, können nicht verkauft, wiederangelegt oder verpfändet werden.

Barsicherheiten dürfen nur:

- als Sichteinlagen bei Kreditinstituten mit Sitz in einem Mitgliedstaat der OECD gehalten werden oder, falls sich der Sitz des Kreditinstituts in einem Drittland befindet, unter der Voraussetzung, dass es Aufsichtsbestimmungen unterliegt, die denjenigen des Gemeinschaftsrechts gleichwertig sind,
- in Staatsanleihen von hoher Qualität angelegt werden,
- für Reverse-Repo-Geschäfte verwendet werden, deren Gegenpartei ein Kreditinstitut ist, das einer Aufsicht unterliegt, und bei denen der OGAW den Geldbetrag jederzeit zurückfordern kann,
- in Geldmarktfonds mit kurzer Laufzeitstruktur angelegt werden

Risikoprofil:

Dieser Fonds profitiert von einem Kapitalschutz in Höhe von 80% des letzten Nettoinventarwerts des Vormonats. Aufgrund des kurzen Horizonts dieses Schutzes (jeden Monat gegebener und einen Monat gültiger Schutz) wird der Fonds den Großteil der Zeit ein umfassendes Engagement an den Aktienmärkten in den Schwellenländern halten (ohne Absicherung des Wechselkursrisikos).

Die Anleger werden allerdings auf die nachfolgenden Punkte hingewiesen:

Marktrisiko aufgrund der Entwicklung von risikobehafteten Risiken: Neben dem teilweisen, im Absatz „Schutz“ beschriebenen Kapitalschutz weist die Rendite dieses Fonds keine Garantie auf.

Die wichtigsten Risiken in Verbindung mit der Anlage in den Schwellenländern können aus der umfassenden Volatilität der Märkte und einer potenziellen politischen Instabilität resultieren. Deswegen kann der Wert von Wertpapieren oder Finanzkontrakten mit einem Engagement in den Schwellenländern stark schwanken.

Kapitalrisiko: Der von HSBC France, Bankinstitut mit einem Rating zum 1. Januar 2011 von S&P von AA-, gebotene Schutz kann beim Ausfall dieses Instituts unwirksam werden. Es ist jedoch sehr unwahrscheinlich, dass der Garantiegeber ausfällt.

Der Schutz wird lediglich auf Grundlage der letzten Nettoinventarwerte vom Monatsende gegeben.

Der dem Fonds gegebene Schutz garantiert aufgrund seiner Laufzeit von einem Monat jedoch nicht die langfristige Wahrung von 80% des investierten Kapitals, nach Abzug der Ausgabeaufschläge. Denn sollten die Märkte sich über einen Zeitraum von mehr als einem Monat sehr ungünstig entwickeln, ermöglicht der Schutz lediglich die Wahrung von mindestens 80% des investierten Kapitals nach Abzug der Ausgabeaufschläge im ersten Monat, von 64% (80% von 80%) im zweiten Monat, von 51,2% im dritten Monat und so weiter.

Der dem Fonds gewährte Schutz versteht sich ohne Berücksichtigung der Inflation, die Kaufkraft wird also nicht garantiert.

Wechselkursrisiko: Das Wechselkursrisiko ist das Risiko einer Abwertung der Währungen der Anlagen gegenüber der Referenzwährung des Portfolios (Euro). Wechselkursschwankungen gegenüber dem Euro können zu einem Rückgang des Werts der betreffenden Wertpapiere und damit einem Rückgang des Nettoinventarwerts des Fonds führen. Der Fonds kann einem Wechselkursrisiko in Höhe von bis zu 100% seines Vermögens ausgesetzt sein.

Der OGAW ist dem Wechselkursrisiko bei Schwellenländerwährungen und dem USD ausgesetzt. Dieses Wechselkursrisiko besteht, wenn in Wertpapiere oder Geschäfte investiert wird, die auf andere Währungen als den Euro lauten, und in Geschäfte, deren zugrunde liegender Vermögenswert nicht gegen das Wechselkursrisiko abgesichert ist.

Risiko der Desensibilisierung: Dieses Risiko der vollständigen Desensibilisierung des Fonds gegenüber der Performance der risikobehafteten Anlagen hat vorübergehend eine umsichtige Verwaltung zur Folge, was bedeutet, dass die Zeichner in diesem Fall darauf verzichten, von einer Erholung der Performance der risikobehafteten Anlagen zu profitieren.

Bei einem umfassenden Rückgang des Nettoinventarwerts des Fonds könnten die Einschränkungen der von der Verwaltungsgesellschaft angewandten Anlagestrategie zu einer vorübergehend vorsichtigen Verwaltung des OGAW führen, damit das Schutzziel erreicht wird. In dieser Situation wird der Anteilinhaber nur sehr wenig oder gar nicht von einer eventuellen späteren Aufwertung des Aktienmarkts profitieren. Im Falle einer endgültigen Desensibilisierung, wenn also das Engagement zur Erfüllung des Schutzes angesichts der Marktbedingungen unerheblich wird, wird die Verwaltungsgesellschaft innerhalb der nach der Genehmigung der AMF bestimmten Fristen den Fonds auflösen und die Anteilinhaber vorzeitig zurückzahlen.

Kontrahentenrisiko: Der OGAW ist aufgrund des Einsatzes von außerbörslichen Finanztermingeschäften und Repo-Geschäften einem Kontrahentenrisiko ausgesetzt. Dabei handelt es sich um das Risiko, dass die Gegenpartei, mit der ein Geschäft abgeschlossen wurde, ihre Verpflichtungen (Lieferung, Zahlung, Rückzahlung usw.) nicht erfüllt.

In diesem Fall könnte der Ausfall der Gegenpartei einen Rückgang des Nettoinventarwerts des OGAW zur Folge haben. Dieses Risiko wird durch die Stellung von Sicherheiten zwischen dem OGAW und der Gegenpartei, wie in der Anlagestrategie des Fonds beschrieben, sowie die von HSBC France gewährte Garantie begrenzt.

Der OGAW kann auch dem Risiko des Wechsels der Gegenpartei des Gap Swap aufgrund einer Übertragung seiner Rechte und Pflichten oder seiner Eigenschaft als Gegenpartei im Rahmen des Gap Swap ausgesetzt sein. In diesem Fall könnte der Wechsel der Gegenpartei eine wesentliche Änderung (Wechsel des Verwalters, Auflösung des Fonds) zur Folge haben.

Garantiegeberrisiko: Bei einem Ausfall des Garantiegebers garantiert die Verwaltungsgesellschaft den Anteilinhabern nicht, dass sie von einem Schutz in Höhe des geschützten Nettoinventarwerts profitieren werden.

Risiko potenzieller Interessenkonflikte: Im Rahmen der Finanztermingeschäfte und/oder Repo-Geschäfte kann ein Risiko von Interessenkonflikten bestehen, wenn der zur Auswahl einer Gegenpartei eingesetzte Finanzintermediär oder die Gegenpartei selbst mit der Verwaltungsgesellschaft (oder der Verwahrstelle) durch eine unmittelbare oder mittelbare Kapitalbeteiligung verbunden ist. Die Steuerung dieses Risikos ist in den von der Verwaltungsgesellschaft aufgestellten „Grundsätzen für den Umgang mit Interessenkonflikten“, die auf ihrer Internetseite abrufbar sind, beschrieben. Das Eintreffen dieses Risikos kann einen Rückgang des Nettoinventarwerts des Fonds zur Folge haben.

Kreditrisiko: Risiko, dass sich die finanzielle Lage des Emittenten verschlechtert, was im äußersten Fall dazu führen kann, dass er seine Verpflichtungen nicht mehr erfüllt. Diese Verschlechterung kann einen Rückgang des Werts der Wertpapiere des Emittenten zur Folge haben und somit eine Verringerung des Nettoinventarwerts des Fonds.

Schutz:

Institut, das den Kapitalschutz bereitstellt: HSBC France.

Begünstigter: HSBC Global Emerging Market Protect 80 Dynamic

Ziel: Der von HSBC France bereitgestellte Kapitalschutz bezieht sich auf die Höhe der zukünftigen Nettoinventarwerte des Fonds.

Während des Schutzzeitraums verpflichtet der Garantiegeber sich, dem OGAW einen Schutz zu gewähren, so dass die Anteilinhaber an jedem Tag, an dem der Nettoinventarwert berechnet wird, von einem Kapitalschutz (ohne Ausgabeaufschlag) in Höhe von 80% des Referenznettoinventarwerts profitieren (dies entspricht dem letzten Nettoinventarwert des Vormonats).

Bis zum 31. Dezember 2020 oder, wenn dieser Tag kein Bewertungstag ist, bis zum letzten Bewertungstag vor diesem Datum („**Tag der Bereitstellung des letzten Kapitalschutzes**“) wird dem Fonds jeweils am Monatsende garantiert, dass alle Nettoinventarwerte, die innerhalb eines Monats nach dem Tag t und bis zum letzten Nettoinventarwert des Monats ermittelt werden, mindestens 80 % des am Tag t festgestellten Nettoinventarwerts entsprechen.

Der von HSBC France bereitgestellte Kapitalschutz endet am 31. Januar 2021 oder, wenn dieser Tag kein Bewertungstag ist, am letzten Bewertungstag vor diesem Datum („Tag, an dem die Laufzeit des Kapitalschutzes endet“) und kann im Einvernehmen mit dem Institut, das den Kapitalschutz bereitstellt, und der Verwaltungsgesellschaft stillschweigend jeweils für ein weiteres Jahr verlängert werden. Wenn HSBC France oder die Verwaltungsgesellschaft beschließen, den Kapitalschutz nicht zu verlängern, werden die Anteilhaber hierüber unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten vor dem Tag der Bereitstellung des letzten Kapitalschutzes in Kenntnis gesetzt.

Wenn HSBC France oder die Verwaltungsgesellschaft beschließen, den Kapitalschutz nicht zu erneuern oder die Bedingungen für den Kapitalschutz zu ändern, ist bei der französischen Aufsichtsbehörde (Autorité des Marchés Financiers - AMF) eine entsprechende Genehmigung einzuholen. Im Falle der Änderung der Bedingungen für den Kapitalschutz und vorbehaltlich der Genehmigung durch die AMF werden HSBC France und die Verwaltungsgesellschaft sich zusammensetzen, um die Bestimmungen der zwischen ihnen geschlossenen Vereinbarung zu ändern. Die Anteilhaber des Fonds werden über einen solchen Beschluss gemäß den geltenden Vorschriften in Kenntnis gesetzt, und die Verwaltungsgesellschaft veranlasst eine entsprechende Änderung des Prospekts des Fonds.

Bei Fälligkeit des letzten Kapitalschutzes kann die Verwaltungsgesellschaft ebenfalls nach Genehmigung der AMF beschließen, den Fonds aufzulösen, ihn mit einem anderen Organismus für gemeinsame Anlagen zu verschmelzen oder das Anlageziel des Fonds zu ändern.

Die Anteilhaber werden zuvor über die von der Verwaltungsgesellschaft getroffene Entscheidung informiert.

Die Bereitstellung des Kapitalschutzes erfolgt auf der Grundlage der am Tag der Auflegung des Fonds geltenden Gesetze und Vorschriften. Sollten Änderungen der zuvor genannten Texte die Schaffung neuer Verpflichtungen zur Folge, die für den Fonds eine unmittelbare oder mittelbare steuerliche oder andere Belastung auslösen, behält sich HSBC France das Rechte vor, ab dem Datum, an dem die Änderung der Vorschriften und Gesetze festgestellt wird, keinen neuen Kapitalschutz mehr bereitzustellen.

Wenn HSBC France oder die Verwaltungsgesellschaft an dem **Tag der Bereitstellung des letzten Kapitalschutzes** feststellt, dass die besagten Gesetze und Vorschriften geändert wurden und sich daraus für den OGA neue Verpflichtungen und insbesondere eine unmittelbare oder mittelbare steuerliche oder andere Belastung ergeben, behält sich der OGA vor, ab dem Tag t, an dem die Änderung der besagten Gesetze und Vorschriften festgestellt wird, keinen neuen Kapitalschutz für die zukünftigen Nettoinventarwerte bereitzustellen. Die Nettoinventarwerte, die bereits über einen gültigen Kapitalschutz verfügen, nutzen diesen weiter, HSBC France kann die im Rahmen der Bankgarantie fälligen Beträge jedoch aufgrund dieser neuen Verpflichtungen verringern.

Sollte HSBC oder die Verwaltungsgesellschaft an einem Tag t nach dem Tag der Bereitstellung des letzten Kapitalschutzes und vor dem Tag, an dem die Laufzeit des Kapitalschutzes endet, eine Änderung der zuvor genannten Texte feststellen und sich daraus für den OGA neue Verpflichtungen und insbesondere eine unmittelbare oder mittelbare steuerliche oder andere Belastung ergeben, werden die Nettoinventarwerte, die über einen Kapitalschutz verfügen, diesen weiterhin nutzen, HSBC France kann die im Rahmen der Bankgarantie fälligen Beträge jedoch aufgrund dieser neuen Verpflichtungen verringern.

In den zuvor genannten Fällen verpflichtet die Verwaltungsgesellschaft sich, die Anteilhaber laut den in den geltenden Vorschriften vorgesehenen Bedingungen über die Aussetzung der Bereitstellung eines neuen Kapitalschutzes und/oder die Folgen der neuen unmittelbaren oder mittelbaren Belastungen auf die Bankgarantie zu informieren und wird den Prospekt des OGA diesbezüglich gegebenenfalls ändern. Die Verwaltungsgesellschaft behält sich ferner das Recht vor, ab dem Datum, an dem die Anteilhaber über ihr Recht zur kostenfreien Rückgabe informiert wurden, keine neuen Zeichnungen mehr entgegenzunehmen, und sie kann vorbehaltlich der Genehmigung der französischen Aufsichtsbehörde und der Mitteilung an HSBC France innerhalb von drei Monaten ab diesem Tag die vorzeitige Auflösung des OGA veranlassen

Ausfall des Garantiegebers:

Der Kapitalschutz könnte im Falle des Ausfalls dieser Stelle unwirksam sein. Es ist jedoch sehr unwahrscheinlich, dass der Garantiegeber ausfällt. In einem solchen Fall könnte es sein, dass die Anteilinhaber nicht allesamt den geschützten Nettoinventarwert erhalten.

In diesem Fall würde die Verwaltungsgesellschaft dann einen neuen Garantiegeber suchen. Sollte aus beliebigem Grund kein neuer Garantiegeber ernannt werden, insbesondere, weil die angebotenen Bedingungen für die Interessen der Anteilinhaber nicht ebenso günstig sind, wird der Fonds vorbehaltlich der Genehmigung der französischen Aufsichtsbehörde aufgelöst.

Jegliche Änderung des Kapitalschutzes muss von der AMF genehmigt werden.

In Frage kommende Zeichner und Profil des typischen Anlegers:

Alle Zeichner.

Dieser FCP kann als Vehikel für Lebensversicherungsverträge in Rechnungseinheiten verwendet werden.

Der typische Anleger möchte ein teilweises Engagement an den Aktienmärkten der Schwellenländer eingehen und im Falle der nachteiligen Entwicklung dieser Märkte von einem Schutz seines investierten Kapitals nach Abzug der Zeichnungsaufschläge profitieren. Achtung: Der Kapitalschutz gilt lediglich einen Monat und bezieht sich auf 80% des letzten Nettoinventarwerts am Ende des Monats vor der Zeichnung.

Die empfohlene Mindestanlagedauer beträgt 5 Jahre.

Die Anteile des Fonds dürfen keinen nicht zugelassenen Personen, wie nachstehend definiert, angeboten oder von diesen gezeichnet werden:

- **VORSCHRIFTEN IN BEZUG AUF DEN AUTOMATISCHEN INFORMATIONSAUSTAUSCH IN STEUERFRAGEN**

FATCA bezeichnet die Abschnitte 1471 bis 1474 des US-Gesetzes, damit jegliche geltende und künftige Rechtsvorschrift oder deren offizielle Auslegungen, jegliche gemäß Abschnitt 1471(b) des US-Gesetzes getroffene Vereinbarung oder die aufgrund zwischenstaatlicher Vereinbarung im Hinblick auf diese Abschnitte des US-Gesetzes getroffene Rechtsvorschrift oder Abgabenordnung oder gebilligte Gepflogenheit. FATCA wurde in Frankreich durch das zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten am 14. November 2013 unterzeichnete zwischenstaatliche Abkommen zur Anwendung der amerikanischen Rechtsvorschriften „Foreign Account Tax Compliance Act“ (FATCA) in Kraft gesetzt.

US-Gesetz bezeichnet das Bundessteuergesetz der Vereinigten Staaten, den United States Internal Revenue Code of 1986;

Common Reporting Standard (CRS) ist Teil des automatischen Austauschs von Steuerinformationen gemäß Richtlinie 2014/107/EU des Rates vom 9. Dezember 2014, welche die Richtlinie 2011/16/EU bezüglich der Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung anpasst, sowie die von Frankreich geschlossenen Abkommen für den automatischen Informationsaustausch für transnationale Steuerfragen, welche sich auf die von der OECD ausgearbeiteten Standards für den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten in Steuersachen stützt.

Die FATCA-Rechtsvorschriften und die CRS-Standards wurden mit Artikel 1649 AC des frz. Code général des impôts in französisches Recht übernommen. Sie verpflichten Finanzinstitute, auf formalisierte Weise Angaben zum Rechtsstatus von US-Personen und dem steuerlichen Wohnsitz ihrer Kunden, insbesondere anlässlich der Eröffnung eines Finanzkontos zu erheben.

Diese Finanzinstitute sind verpflichtet, den französischen Finanzbehörden für eine Weitergabe an die betreffenden ausländischen Finanzbehörden Informationen über bestimmte anzugebende Finanzkonten der Kunden, bei denen es sich um US-Personen handelt, und derjenigen Kunden zu übermitteln, deren steuerlicher Wohnsitz sich außerhalb von Frankreich in einem Staat der Europäischen Union oder einem Staat mit automatischem Austausch von Steuerinformationen befindet.

Die Bestimmung des Finanzinstituts, dem diese Verpflichtungen obliegen, ist direkt abhängig vom Halten der Anteile.

- **BESCHRÄNKUNGEN DER AUSGABE UND RÜCKNAHME VON ANTEILEN AN BZW. VON US-PERSONEN**

Anteile des Fonds dürfen keiner „US-Person“ angeboten oder verkauft werden. Für die Zwecke dieser Beschränkung bezeichnet der Begriff „US-Person“:

1. Eine natürliche Person, die aufgrund von Gesetzen oder Vorschriften der Vereinigten Staaten als in den Vereinigten Staaten ansässig gilt.
2. Eine juristische Person in Form:
 - i. einer Aktiengesellschaft, Personengesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung oder eines sonstigen Unternehmens:
 - a. die nach US-Bundesrecht oder dem Recht eines US-Bundesstaates gegründet wurde oder organisiert ist, einschließlich ausländischer Vertretungen oder Zweigniederlassungen einer solchen Person; oder
 - b. die, unabhängig vom Ort der Gründung oder Organisation, hauptsächlich für passive Anlagen errichtet wurde (wie eine Investmentgesellschaft, ein Investmentfonds oder ein ähnliches Unternehmen, außer einer betrieblichen Versorgungseinrichtung oder eines betrieblichen Pensionsfonds für die Arbeitnehmer, leitenden Angestellten oder Geschäftsführer eines ausländischen Unternehmens, dessen Mittelpunkt der geschäftlichen Oberleitung außerhalb der Vereinigten Staaten liegt);
 - und an der eine oder mehrere US-Personen unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind, sofern die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung dieser US-Personen (außer wenn es sich um qualifizierte berechnete Personen (qualified eligible persons) im Sinne von Rule 4.7(a) der CFTC handelt) 10 % oder mehr beträgt; oder
 - falls eine US-Person der Komplementär, geschäftsführende Gesellschafter, Geschäftsführer oder Inhaber einer sonstigen Position mit Weisungsbefugnis bezüglich der Aktivitäten der Person ist; oder
 - die von einer US-Person oder für eine US-Person hauptsächlich zum Zweck der Anlage in nicht bei der SEC registrierten Wertpapieren errichtet wurde; oder
 - bei der über 50 % der stimmberechtigten oder nicht stimmberechtigten Anteile unmittelbar oder mittelbar von US-Personen gehalten werden; oder
 - c. die eine Vertretung oder Zweigniederlassung einer ausländischen Körperschaft in den Vereinigten Staaten ist; oder
 - d. deren Mittelpunkt der geschäftlichen Oberleitung in den Vereinigten Staaten liegt; oder
 - ii. eines Trust, der nach US-Bundesrecht oder dem Recht eines US-Bundesstaates gegründet wurde oder organisiert ist, bei dem, unabhängig vom Ort der Gründung oder Organisation;
 - a. eine oder mehrere US-Personen die Befugnis zur Kontrolle aller wesentlichen Entscheidungen haben; oder
 - b. die Verwaltung oder die Gründungsdokumente der Aufsicht eines oder mehrerer US-Gerichte unterliegen; oder
 - c. der Treugeber, Gründer, Treuhänder oder eine sonstige, für Entscheidungen hinsichtlich des Trusts verantwortliche Person eine US-Person ist; oder
 - iii. eines Nachlassvermögens einer verstorbenen Person, bei dem, unabhängig vom Wohnort dieser Person zu Lebzeiten, ein Testamentsvollstrecker oder Nachlassverwalter eine US-Person ist.
3. Eine nach US-Recht errichtete und verwaltete betriebliche Versorgungseinrichtung für Arbeitnehmer.
4. Ein Anlagekonto oder vergleichbares Konto (bei dem es sich nicht um ein Nachlassvermögen oder einen Trust handelt) mit oder ohne Verwaltungsvollmacht, das von einem ausländischen Händler oder US-Händler oder anderen Vermögensverwalter zugunsten oder für Rechnung einer US-Person (wie vorstehend definiert) geführt wird.

Für die Zwecke dieser Definition bezeichnet "Vereinigte Staaten" bzw. "US" die Vereinigten Staaten von Amerika (einschließlich der Bundesstaaten und des District of Columbia), ihre Territorien, Besitzungen und sonstige Gebiete, die ihrer Rechtshoheit unterliegen.

Falls ein Anteilinhaber nach einer Anlage in dem Fonds eine US-Person wird, darf er (i) keine weiteren Anlagen in dem Fonds tätigen und (ii) werden seine Anteile von dem Fonds (vorbehaltlich der Vorschriften anwendbaren Rechts) so bald wie möglich zwangsweise zurückgenommen.

Der Fonds kann die vorstehend genannten Beschränkungen von Zeit zu Zeit ändern oder aufheben.

- **BESCHRÄNKUNGEN DER AUSGABE UND RÜCKNAHME VON ANTEILEN AN BZW. VON IN KANADA ANSÄSSIGEN PERSONEN**

Die in diesem Prospekt beschriebenen Anteile dürfen in Kanada nur über die HSBC Global Asset Management (Canada) Limited vertrieben werden; im Übrigen stellt dieser Prospekt weder eine Aufforderung noch ein Angebot zum Kauf von Anteilen in Kanada dar und darf nicht für solche Zwecke verwendet werden, außer sofern eine solche Aufforderung durch HSBC Global Asset Management (Canada) Limited erfolgt. Ein Vertrieb oder eine Aufforderung gilt in Kanada als erfolgt, wenn sie gegenüber einer Person (d. h. einer natürlichen Person, einer Aktiengesellschaft, einem Trust, einer Personengesellschaft oder einem sonstigen Unternehmen oder einer sonstigen juristischen Person) erfolgt, die zum Zeitpunkt der Aufforderung in Kanada ansässig oder niedergelassen ist. Für diese Zwecke gelten im Allgemeinen folgende Personen als in Kanada ansässig ("in Kanada ansässige Personen"):

1. *Eine natürliche Person*
 - i. *deren Hauptwohnsitz sich in Kanada befindet; oder*
 - ii. *die sich zum Zeitpunkt des Angebots, des Verkaufs oder der sonstigen maßgeblichen Handlung in Kanada aufhält.*
2. *Eine Aktiengesellschaft, falls*
 - i. *sich der Sitz oder die Hauptniederlassung der Gesellschaft in Kanada befindet; oder*
 - ii. *die Aktien der Gesellschaft, die ihrem Inhaber das Recht gewähren, eine Mehrheit der Mitglieder der Geschäftsführung zu wählen, von natürlichen, in Kanada ansässigen Personen (wie vorstehend definiert) oder von juristischen Personen, die in Kanada niedergelassen sind oder sich dort befinden, gehalten werden; oder*
 - iii. *die natürlichen Personen, die im Namen der Gesellschaft Entscheidungen über Investitionen treffen oder Weisungen erteilen, in Kanada ansässige Personen (wie vorstehend definiert) sind.*
3. *Ein Trust, falls*
 - i. *sich die Hauptniederlassung des Trust (soweit anwendbar) in Kanada befindet; oder*
 - ii. *der Treuhänder (bzw. bei mehreren Treuhändern die Mehrzahl der Treuhänder) natürliche, in Kanada ansässige Personen (wie vorstehend definiert) oder juristische Personen, die in Kanada ansässig sind oder sich dort befinden, sind; oder*
 - iii. *die natürlichen Personen, die im Auftrag des Trust Entscheidungen über Investitionen treffen oder Weisungen erteilen, natürliche, in Kanada ansässige Personen (wie vorstehend definiert) sind.*
4. *Eine Kommanditgesellschaft, falls*
 - i. *sich der Sitz oder die Hauptniederlassung (soweit anwendbar) der Gesellschaft in Kanada befindet; oder*
 - ii. *die Inhaber der Mehrheit der Anteile an der Gesellschaft in Kanada ansässige Personen (wie vorstehend definiert) sind; oder*
 - iii. *der Komplementär (soweit anwendbar) eine in Kanada ansässige Person (wie vorstehend definiert) ist; oder*
 - iv. *die natürlichen Personen, die im Auftrag der Gesellschaft Entscheidungen über Investitionen treffen oder Weisungen erteilen, natürliche, in Kanada ansässige Personen (wie vorstehend definiert) sind.*

Der Portfolioanteil, den ein Anleger sachkundig in diesen Fonds investieren kann, hängt von individuellen Faktoren ab, wie seinem Vermögen, seiner Präferenz von Sicherheiten, seinem Anlagehorizont usw.

Die Anteilinhaber werden daher gebeten, sich mit ihrem Kundenberater oder gewohnten Berater in Verbindung zu setzen, wenn sie eine genauere Analyse ihrer persönlichen Situation wünschen. Diese Analyse kann in gewissen Fällen vom zuständigen Berater in Rechnung gestellt werden und kann keinesfalls vom Fonds oder der Verwaltungsgesellschaft übernommen werden.

In jedem Fall wird dringend empfohlen, seine Anlagen ausreichend zu diversifizieren, um nicht lediglich den Risiken dieses Fonds ausgesetzt zu sein.

Ermittlung und Verwendung der ausschüttungsfähigen Beträge:

In Einklang mit den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen entspricht das Nettoergebnis des Geschäftsjahres der Summe der Zinsen, rückständigen Zinsen, Dividenden, Prämien und Gewinne aus Losanleihen, Vergütungen sowie sämtlichen Erträgen aus den Wertpapieren, die das Portfolio des Fonds bilden, zuzüglich der momentan verfügbaren Beträge und abzüglich der Verwaltungsgebühren und Kosten für Kreditaufnahmen.

Die Ausschüttungen eines Organismus für gemeinsame Anlagen in Wertpapiere setzen sich wie folgt zusammen:

1. Nettoergebnis zuzüglich einbehaltene Gewinne und zu- bzw. abzüglich des Saldos des Ertragsausgleichskontos;

2. Im Geschäftsjahr verbuchte realisierte Veräußerungsgewinne (nach Abzug der Kosten) abzüglich realisierter Veräußerungsverluste (nach Abzug der Kosten) zuzüglich Netto-Veräußerungsgewinnen gleicher Art, die in vorherigen Geschäftsjahren verbucht und nicht ausgeschüttet oder thesauriert wurden, abzüglich oder zuzüglich des Ertragsausgleichs für realisierte Veräußerungsgewinne.

Die unter 1. und 2. genannten Summen können unabhängig voneinander vollständig oder teilweise ausgeschüttet werden.

Ausschüttbare Beträge	Verwendung
Nettoergebnis (1)	Thesaurierung
Realisierter Mehrwert (netto) (2)	Thesaurierung

Erträge werden nach der Methode der aufgelaufenen Zinsen (méthode du coupon couru) verbucht.

Merkmale der Anteile:

Die Anteile lauten auf den Euro.

Zeichnungs- und Rücknahmebedingungen:

Zeichnungen und Rücknahmen können in Tausendstel Anteilen erfolgen.

Der ursprüngliche Nettoinventarwert des Anteils beträgt 100 Euro.

Die Aufträge werden gemäß nachstehender Tabelle ausgeführt:

Werktag t	Werktag t	Werktag t: Tag der Ermittlung des Nettoinventarwerts	Werktag t+1	Werktag t+2	Werktag t+2
Zentralisierung der Zeichnungsanträge vor 12 Uhr*	Zentralisierung der Rücknahmeanträge vor 12 Uhr*	Ausführung des Auftrags spätestens an t	Veröffentlichung des Nettoinventarwerts	Abwicklung der Zeichnungen	Abwicklung der Rücknahmen

*Abgesehen von eventuellen besonderen Fristen, die mit Ihrem Finanzinstitut vereinbart wurden.

Zeichnungs- und Rücknahmeanträge werden an jedem Tag um 12:00 Uhr (Pariser Zeit) zentral erfasst. Sie werden auf der Basis des Nettoinventarwerts, der anhand der Schlusskurse am Tag (T) berechnet wird, ausgeführt und am übernächsten Tag (T+2) abgerechnet.

Zeichnungs- und Rücknahmeanträge, die nach 12:00 Uhr eingehen, werden auf der Basis des anhand der Schlusskurse des nächsten Werktags (T+1) berechneten Nettoinventarwerts ausgeführt und am übernächsten Tag nach diesem (T+3) abgerechnet. Zeichnungs- und Rücknahmeanträge, die nicht an einem Werktag eingehen, werden auf der Basis des anhand der Schlusskurse des nächsten Werktags berechneten Nettoinventarwerts ausgeführt. Zeichnungs- und Rücknahmeanträge, die an einem Werktag eingehen, an dem kein Nettoinventarwert ermittelt wird, werden automatisch zum nächsten Nettoinventarwert abgerechnet.

Die Zeichner werden gebeten, ihren Finanzintermediären ihre Anweisungen rechtzeitig im Voraus zu übermitteln, damit sie vor Annahmeschluss um 12:00 Uhr bearbeitet werden können.

Bestehen einer Obergrenze der Rücknahmen („Gates“)

Der Fonds verfügt über einen Mechanismus zur Festlegung einer Obergrenze der Rücknahmen. Sollten bei der zentralen Zusammenfassung die gleichzeitigen Rücknahmeanträge (nach Abzug der Zeichnungen) von einem oder mehreren Anteilhabern mehr als 5% des Nettovermögens darstellen, kann die Staffelung der Rücknahmen (Gates-Mechanismus) von der Verwaltungsgesellschaft beschlossen werden, nachdem sie die Sachdienlichkeit, insbesondere angesichts der Folgen für die Verwaltung der Barmittel, bewertet hat, um das Gleichgewicht der Verwaltung des Fonds und somit die Gleichbehandlung der Anteilhaber zu garantieren.

Sollte die Verwaltungsgesellschaft den Mechanismus aktivieren, werden die Rücknahmeanträge aller Anteilkategorien, die am Datum der Erstellung des Nettoinventarwerts nicht vollständig wahrgenommen wurden und den Schwellenwert für die Aktivierung der Gates überschreiten, automatisch auf den folgenden Nettoinventarwert verschoben und ohne Rangfolge zu gleichen Anteilen für jeden Antrag abgerechnet.

An jedem Datum der Erstellung des Nettoinventarwerts kann die Verwaltungsgesellschaft, wenn der Betrag der Rücknahmen abzüglich des Betrags der Zeichnungsanträge in Bezug auf denselben Nettoinventarwert mindestens 5% des Nettovermögens des Fonds beträgt, jeden Rücknahmeantrag im Rahmen des Rücknahmehöchstbetrags des Fonds verringern. Die Verwaltungsgesellschaft verringert dann alle Rücknahmeanträge anteilig bis zum Rücknahmehöchstbetrag. Die Rücknahmeanträge werden somit anteilig verringert und in ganzen Anteilen (aufgerundet) ausgedrückt.

Der Rücknahmehöchstbetrag des Fonds an jedem Datum der Erstellung des Nettoinventarwerts wird auf 5% des Nettovermögens des Fonds oder auf Beschluss der Verwaltungsgesellschaft auf einen höheren Betrag festgelegt, wenn die Marktliquidität dies erlaubt.

Die restlichen Rücknahmen, die den Rücknahmehöchstbetrag überschreiten, werden nicht aufgehoben, sondern automatisch auf den nächsten Nettoinventarwert verschoben und auf dieselbe Art und Weise abgerechnet wie die Rücknahmeanträge, die zum nächsten Nettoinventarwert eingereicht worden wären. Die somit verschobenen Anträge können nicht aufgehoben werden und sind gegenüber späteren Rücknahmeanträgen nicht vorrangig.

Unter diesen Bedingungen werden die von der Verringerung der Anträge betroffenen Anteilinhaber über den von ihrem Antrag verschobenen Betrag individuell schnellstmöglich von der zentralen Erfassungsstelle auf Anweisung der Verwaltungsgesellschaft informiert.

Die Aktivierung des Gates-Mechanismus wird auf der Website der Verwaltungsgesellschaft in der Rubrik des Fonds mitgeteilt.

Ausnahmefälle des Gates-Mechanismus:

Die von einer Zeichnung gefolgte Rücknahmen, die an demselben Tag in Bezug auf denselben Nettoinventarwert und dieselbe Anzahl Wertpapiere von demselben Anteilinhaber ausgeführt werden, werden nicht verschoben, vorausgesetzt, sie wurden der zentralen Erfassungsstelle ausdrücklich gemeldet.

Beispiel des Gates-Mechanismus zur Veranschaulichung:

Wenn die Rücknahmeanträge (nach Abzug der Zeichnungen) am Datum der zentralen Zusammenfassung 10% des Nettovermögens des Fonds betragen und die Verwaltungsgesellschaft beschließt, den Mechanismus zur Festlegung einer Obergrenze der Rücknahmen auf 5% des Nettovermögens des Fonds zu aktivieren:

- 2 Tage nach dem Datum der Erstellung des Nettoinventarwerts erhält jeder Anleger, der einen Rücknahmeantrag eingereicht hat, eine Zahlung von 50% (also 5% geteilt durch 10%) des Betrags des Rücknahmeantrags;
- die restlichen 50% werden auf das nächste Datum der Erstellung des Nettoinventarwerts verschoben.

Sollten die Rücknahmeanträge nach Abzug der Zeichnungen (neue Anträge + die restlichen verschobenen Anträge) bei der nächsten zentralen Zusammenfassung 50% des Nettovermögens des Fonds betragen und die Verwaltungsgesellschaft beschließen, die Rücknahmen auf 40% zu begrenzen, werden alle Anträge, einschließlich der restlichen zuvor verschobenen Anträge, zu 80% (also 40% geteilt durch 50%) wahrgenommen.

Stellen, die für die Entgegennahme von Zeichnungs- und Rücknahmeanträgen und für die Einhaltung des oben genannten Annahmeschlusses der zentralen Erfassung zuständig sind:

CACEIS Bank und HSBC France hinsichtlich der Kunden, für die sie die Verwahrung übernehmen.

Die Anleger sollten Folgendes beachten: Wenn Zeichnungsanträge oder Rücknahmeaufträge an andere Vertriebsstellen als die obengenannten Stellen gesendet werden, müssen diese Vertriebsstellen den obengenannten spätesten Termin der zentralen Erfassung gegenüber der CACEIS Bank einhalten. Daher können diese Vertriebsstellen einen anderen spätesten Eingangstermin festlegen, der vor dem obengenannten Termin liegen kann, um die Dauer der Weiterleitung der Anträge bzw. Aufträge an die CACEIS Bank zu berücksichtigen.

Datum und Häufigkeit der Berechnung des Nettoinventarwerts:

Die Bewertung wird täglich ermittelt, außer an in den „Paris Bank Holiday“- (PF Calendar Bloomberg) und TARGET2-Kalendern festgelegten Feiertagen, am 24. Dezember und 31. Dezember jeden Jahres sowie an Tagen, an denen der ICE (Intercontinental Exchange) geschlossen ist oder nicht funktioniert.

Er wird Grundlage der Kurse von 17:00 Uhr, Pariser Zeit, ermittelt.

Die Nettoinventarwerte sind bei der Verwaltungsgesellschaft an der folgenden Adresse erhältlich: HSBC Global Asset Management (France) – 75419 Paris cedex 08.

Kosten und Gebühren:

Ausgabeauf- und Rücknahmeabschläge:

Ausgabeauf- und Rücknahmeabschläge werden auf den vom Anleger gezahlten Zeichnungspreis aufgeschlagen bzw. vom Rücknahmepreis abgezogen. Die von dem OGAW vereinnahmten Gebühren dienen zum Ausgleich der von dem OGAW für die Anlage oder die Auflösung der Anlage der ihm anvertrauten Mittel getragenen Kosten. Die nicht vereinnahmten Gebühren fließen an die Verwaltungsgesellschaft, an die Vertriebsstelle u.a.

Bei Zeichnungen und Rücknahmen vom Anleger getragene Kosten	Grundlage	Satz
Nicht vom OGAW vereinnahmter Zeichnungsaufschlag	Nettoinventarwert × Anzahl der Anteile	Für Zeichnungen vorgelegt bis zum 31. Dezember 2020, 12:00 Uhr (Zeichnungsperiode): max. 3%. Für Zeichnungen, die nach dem Donnerstag, 31. Dezember 2020, 12:00, bzw. nach Aufhebung oder Beendigung des im Abschnitt „Garantie oder Schutz“ beschriebenen Kapitalschutzes eingehen: Keine.
Vom OGAW vereinnahmter Zeichnungsaufschlag	Nettoinventarwert × Anzahl der Anteile	Für Zeichnungen vorgelegt bis zum 31. Dezember 2020, 12:00 Uhr (Zeichnungsperiode): Keine Für Zeichnungen, die nach dem Donnerstag, 31. Dezember 2020, 12:00, bzw. nach Aufhebung oder Beendigung des im Abschnitt „Garantie oder Schutz“ beschriebenen Kapitalschutzes eingehen: Keine.
Nicht vom OGAW vereinnahmter Rücknahmeabschlag	Nettoinventarwert × Anzahl der Anteile	Keine
Vom OGAW vereinnahmter Rücknahmeabschlag	Nettoinventarwert × Anzahl der Anteile	Keine

Ausnahmefälle: Gleichzeitige Rücknahmen/Zeichnungen auf Grundlage des Nettoinventarwerts der Zeichnung mit einem effektiven Transaktionsvolumen von null werden kostenlos vorgenommen.

Die Kosten:

Die Anlageverwaltungskosten und externen Verwaltungskosten, die der Verwaltungsgesellschaft entstehen, umfassen alle dem OGAW direkt in Rechnung gestellten Kosten mit Ausnahme der Transaktionskosten. Die Transaktionskosten umfassen die Vermittlungskosten (Courtage, Börsenumsatzsteuer usw.) und die gegebenenfalls anfallende Umsatzprovision, die insbesondere von der Verwahrstelle und der Verwaltungsgesellschaft erhoben werden kann.

Zu diesen Managementgebühren und der Verwaltungsgesellschaft entstehenden externen Verwaltungskosten können hinzukommen:

- erfolgsabhängige Gebühren. Diese fließen der Verwaltungsgesellschaft dann zu, wenn der OGAW seine Ziele übertroffen hat. Sie werden daher dem OGAW in Rechnung gestellt;
- dem OGAW in Rechnung gestellte Umsatzprovisionen;
- ein Teil der Einnahmen aus Repo-Geschäften.

Bei einer Erhöhung des Verwaltungsaufwands außerhalb der Verwaltungsgesellschaft von höchstens 0,10 % inkl. Steuern pro Jahr können die Aktionäre des OGAW über jegliches Mittel informiert werden.

In diesem Fall ist die Verwaltungsgesellschaft nicht gezwungen, die Information der Anleger in einer besonderen Form vorzunehmen, noch die Möglichkeit einer Rücknahme ihrer Aktien ohne Kosten anzubieten.

	Dem OGAW berechnete Kosten	Grundlage	Satz
1	Managementgebühren	Tägliches Nettovermögen	max. 1,24% inkl. Steuern pro Jahr ^{1*}
2	Verwaltungsaufwand außerhalb der Verwaltungsgesellschaft	Tägliches Nettovermögen	max. 0,10% inkl. Steuern pro Jahr ²
3	max. indirekte Kosten (Provisionen und Verwaltungskosten)	In OGAW investiertes tägliches Nettovermögen	max. 0.10% inkl. Steuern pro Jahr
4	Umsatzprovision	Abgezogen von jeder Transaktion	Keine
5	Erfolgsabhängige Gebühren	Tägliches Nettovermögen	Keine

* Diese Kosten berücksichtigen nicht die Kosten in Verbindung mit dem Gap Swap, da diese Transaktionskosten gleichgestellt werden.

Ergänzende Informationen zu den Repo-Geschäften:

Die Verwaltungsgesellschaft erhält im Rahmen dieser Repo-Geschäfte keine Vergütung.

Die Erträge und Erlöse aus Repo-Geschäften werden vollständig vom OGAW vereinnahmt, nach Abzug, je nach Transaktionsart, gewisser direkter oder indirekter Betriebskosten (insbesondere die Vergütung der eventuellen Leihstelle).

Die mit diesen Geschäften verbundenen Kosten und betrieblichen Aufwendungen können auch der Verwaltungsgesellschaft belastet und nicht dem OGAW in Rechnung gestellt werden.

Kurzbeschreibung des Verfahrens der Auswahl der Finanzintermediäre:

Die Verwaltungsgesellschaft wählt die Makler oder Gegenparteien nach einem Verfahren aus, das den dafür geltenden Vorschriften und insbesondere den Bestimmungen von Artikel 314-69 ff. des Règlement Général der französischen Finanzaufsichtsbehörde (Autorité des Marchés Financiers – AMF) entspricht. Bei dieser Auswahl befolgt die Verwaltungsgesellschaft stets ihre Verpflichtung zur bestmöglichen Ausführung.

¹ Da die Verwaltungsgesellschaft sich nicht für die Anwendung der MwSt. entschieden hat, werden diese Kosten ohne MwSt. berechnet und der Betrag inkl. Steuern entspricht dem Betrag exkl. Steuern.

² Da die Verwaltungsgesellschaft sich nicht für die Anwendung der MwSt. entschieden hat, werden diese Kosten ohne MwSt. berechnet und der Betrag inkl. Steuern entspricht dem Betrag exkl. Steuern.

Die von der Verwaltungsgesellschaft verwendeten objektiven Auswahlkriterien sind insbesondere die Qualität der Orderausführung, die erhobenen Gebühren sowie die finanzielle Solidität jedes Maklers bzw. jeder Gegenpartei.

Die Auswahl der Gegenparteien und der Unternehmen, die für die HSBC Global Asset Management (France) Wertpapierdienstleistungen erbringen, erfolgt auf der Grundlage eines genauen Bewertungsverfahrens, das für die Gesellschaft eine hohe Qualität der Dienstleistungen sicherstellen soll. Es handelt sich um ein Schlüsselement im Rahmen des allgemeinen Entscheidungsprozesses, der die Auswirkungen der Qualität der Maklerdienstleistungen auf die Gesamtheit unserer Abteilungen einbezieht: Anlageverwaltung, Finanz- und Kreditanalyse, Handel und Middle-Office.

Als Gegenpartei kann ein mit der HSBC-Gruppe oder der Verwahrstelle des OGAW verbundenes Unternehmen ausgewählt werden.

Die „Grundsätze der bestmöglichen Ausführung und der Auswahl der Finanzintermediäre“ sind auf der Internetseite der Verwaltungsgesellschaft abrufbar.

IV. Angaben zum Vertrieb

Der FCP kann im Rahmen von Lebensversicherungsverträgen in Rechnungseinheiten verwendet werden. Der Anteilinhaber wird dann von der von der Versicherungsgesellschaft ausgewählten depotführenden Stelle informiert.

Sämtliche Informationen über den Fonds können direkt bei der Verwaltungsgesellschaft: HSBC Global Asset Management (France) – 75419 Paris cedex 08 oder bei den Vertriebsstellen erhalten werden.

Sämtliche Zeichnungs- und Rücknahmeanträge hinsichtlich des Fonds werden bei der CACEIS Bank – 1-3, Place Valhubert – 75013 Paris oder bei HSBC France für die Kunden, deren Depotführung sie gewährleistet, zentral zusammengefasst: HSBC France – 103 avenue des Champs Elysées – 75008 Paris.

Informationen über die Einhaltung von Sozial-, Umwelt- und Governance-Kriterien in der Anlagepolitik

Informationen über die Berücksichtigung von Kriterien bezüglich Zielen in den Bereichen Soziales, Umwelt und Governance (ESG-Kriterien) in der Anlagepolitik sind gemäß Artikel L533-22-1 des französischen Code Monétaire et Financier auf der Internetseite der Verwaltungsgesellschaft unter www.assetmanagement.hsbc.com/fr und gegebenenfalls im Jahresbericht des Fonds verfügbar.

V. Anlagevorschriften

Für die Anlagen gelten die gesetzlichen Vorschriften für OGAW gemäß der Richtlinie 2009/65/EG sowie die von der französischen Finanzmarktaufsicht für Fonds dieser Kategorie festgelegten Vorschriften.

Gemäß den geltenden Vorschriften kann der Fonds gemäß dem Prinzip der Risikostreuung bis zu 100% seines Vermögens in Wertpapiere investieren, die von Mitgliedstaaten der EU oder des EWR, den Gebietskörperschaften, einem Drittstaat oder von öffentlichen internationalen Einrichtungen, denen ein oder mehrere Mitgliedstaaten der EU oder des EWR angehören, begeben oder garantiert werden und somit der Obergrenze von 35% pro emittierender Einheit abweichen, wenn diese zulässigen Wertpapiere mindestens aus sechs unterschiedlichen Emissionen stammen, ohne dass die Wertpapiere einer einzigen Emission mehr als 30% des Gesamtvermögens des Fonds betragen dürfen. Diese Ausnahme betrifft die Wertpapiere, die ausgegeben oder garantiert werden von:

- Der Französischen Republik,
- Der Italienischen Republik.

VI. Gesamtrisiko

Das mit Finanztermingeschäften verbundene Gesamtrisiko wird nach dem einfachen Ansatz (Commitment-Ansatz) berechnet.

VII. Vorschriften zur Bewertung und Bilanzierung von Vermögenswerten

Die Finanzinstrumente und an einem geregelten Markt gehandelten Wertpapiere werden an jedem Börsentag auf der Grundlage des Kurs um 17 Uhr bewertet. Die außerbörslich gehandelten Wertpapiere werden auf der Grundlage des Marktkurses am Bewertungstag bewertet.

Die nachfolgenden Instrumente werden jedoch laut den nachfolgenden spezifischen Methoden bewertet:

- Finanzinstrumente, deren Kurs am Bewertungsstichtag nicht festgestellt oder deren Kurs berichtigt worden ist, werden unter der Verantwortung der Verwaltungsgesellschaft mit ihrem wahrscheinlichen Veräußerungswert bewertet. Diese Bewertungen und die entsprechenden Begründungen werden den Abschlussprüfern anlässlich ihrer Prüfung mitgeteilt.
- Die Wertpapiere, die nicht an einem geregelten Markt gehandelt werden, werden unter der Verantwortung der Verwaltungsgesellschaft zu ihrem wahrscheinlichen Handelswert bewertet.
- Im Falle des Einsatzes von Finanztermingeschäften werden die Positionen auf der Grundlage des Kurses um 17 Uhr angepasst. Bei außerbilanziellen Geschäften, die außerbörslich gehandelt werden, bewertet die Verwaltungsgesellschaft die Positionen in Abhängigkeit der Marktbedingungen, die ihre Glattstellung ermöglichen würden.
- Die marktfähigen Schuldtitel, Wertpapiere oder Verträge, die nicht an einem Markt gehandelt werden, der organisiert, ordnungsgemäß in Betrieb ist und der Öffentlichkeit offensteht, werden vom FCP bei der Erstellung jedes Nettoinventarwerts und hauptsächlich gemäß den nachfolgenden Regeln bewertet:

- Marktfähige Schuldtitel (Titres de créances négociables – TCN) mit einer Restlaufzeit von mehr als drei Monaten werden, sofern keine quotierten Kurse vorliegen, auf der Basis des Marktzinses bewertet; hiervon ausgenommen sind marktfähige Schuldtitel, die variabel oder mit veränderbaren Sätzen verzinst werden und keine besondere Zinssensitivität aufweisen.

- Marktfähige Schuldtitel mit einer Restlaufzeit von unter drei Monaten, die keine besondere Zinssensitivität aufweisen, können mit einer vereinfachten, als „Linearisierung“ bezeichneten Methode auf der Basis des Dreimonatszinseszinses bewertet werden.

- Die Wertpapiere, die Gegenstand von Repo-Geschäften sind, werden gemäß den geltenden Vorschriften bewertet, wobei die Anwendungsmodalitäten von der Verwaltungsgesellschaft festgelegt werden.
- Anteile von OGAW werden zum letzten bekannten Nettoinventarwert bewertet.
- Zinserträge werden nach der Methode der aufgelaufenen Zinsen (méthode du coupon couru) verbucht.

Der Jahresabschluss des FCP enthält in seiner Anlage Angaben zur den hier vorab definierten Regeln der Anwendungsmodalitäten.

Ausweichregelungen bei Eintritt außergewöhnlicher Umstände

Da die Berechnung des Nettoinventarwerts nicht von der Verwaltungsgesellschaft, sondern von einem beauftragten Dienstleistungsunternehmen durchgeführt wird, hat ein eventueller Ausfall der von der Verwaltungsgesellschaft eingesetzten Informationssysteme keine Auswirkungen auf die Möglichkeit der Ermittlung und Veröffentlichung des Nettoinventarwerts des Fonds.

Sollten die Systeme des Dienstleistungsunternehmens ausfallen, tritt der Notfallplan des Dienstleistungsunternehmens in Kraft, um die Kontinuität der Berechnung des Nettoinventarwerts sicherzustellen. Zur Not verfügt die Verwaltungsgesellschaft über die Mittel und Systeme, mit denen sie einen vorübergehenden Ausfall des Dienstleistungsunternehmens kompensieren und unter ihrer Verantwortung den Nettoinventarwert des Fonds ermitteln kann.

Die Verwaltungsgesellschaft ist jedoch im Rahmen des Artikels L. 214-8-7 des französischen Code Monétaire et Financier berechtigt, Rücknahmen von Anteilen durch den Fonds und die Ausgabe neuer Anteile auszusetzen, wenn außergewöhnliche Umstände und das Interesse der Anteilhaber dies erfordern.

Unter außergewöhnlichen Umständen werden insbesondere Zeiträume verstanden, in denen:

- a) der Handel an einem der Märkte, an denen ein wesentlicher Teil der Anlagen des Fonds im Allgemeinen gehandelt wird, ausgesetzt wird oder eines der Mittel, die von der Verwaltungsgesellschaft oder ihren Beauftragten gewöhnlich zur Bewertung der Anlagen oder zur Ermittlung des Nettoinventarwerts des Fonds verwendet werden, vorübergehend ausgefallen ist, oder
- b) nach Ansicht der Verwaltungsgesellschaft aus einem anderen Grund keine vernünftige, zeitnahe und angemessene Bewertung der vom Fonds gehaltenen Finanzinstrumente möglich ist, oder
- c) außergewöhnliche Umstände vorliegen, unter denen es nach Ansicht der Verwaltungsgesellschaft vernünftigerweise nicht möglich ist, die Gesamtheit oder einen Teil der Vermögenswerte des Fonds zu veräußern oder Geschäfte an den Anlagemärkten des Fonds zu tätigen, bzw. dies nicht möglich ist, ohne die Interessen der Anteilhaber des Fonds wesentlich zu schädigen, insbesondere, wenn aufgrund von höherer Gewalt die Verwaltungsgesellschaft ihre Managementsysteme vorübergehend nicht nützen kann, oder
- d) sich Überweisungen von Geldern, die in Verbindung mit der Veräußerung oder der Bezahlung von Vermögenswerten des Fonds oder in Verbindung mit der Ausführung von Zeichnungen oder Rücknahmen von Anteilen des Fonds erforderlich sind, verzögern oder nach Ansicht der Verwaltungsgesellschaft nicht zeitnah zu normalen Wechselkursen durchführbar sind.

In allen Fällen einer Aussetzung werden die Anteilhaber so schnell wie möglich mittels Pressemitteilungen (außer im Falle von Ad-hoc-Mitteilungen) benachrichtigt. Die Informationen werden zuvor der französischen Finanzaufsichtsbehörde (Autorité des Marchés Financiers – AMF) übermittelt.

Rechnungslegungsmethode

Erträge der Finanzinstrumente werden nach der Methode der aufgelaufenen Zinsen (méthode du coupon couru) verbucht. Die Transaktionskosten werden in einem vom Selbstkostenpreis der Vermögenswerte getrennten Konto verbucht (sogenannte Methode „ohne Kosten“).

VIII. Vergütung

Die Verwaltungsgesellschaft HSBC Global Asset Management (France) hat eine Vergütungspolitik eingeführt, die ihrer Organisation und ihren Aktivitäten angemessen ist.

Diese Politik soll die Praktiken bezüglich der verschiedenen Vergütungen der Mitarbeiter der Gruppe, die eine Entscheidungs- oder Kontrollbefugnis oder eine Befugnis zur Übernahme von Risiken besitzen, regeln.

Diese Vergütungspolitik wurde im Einklang mit der Geschäftsstrategie, den Zielen, den Werten und den Interessen der Verwaltungsgesellschaft, die der HSBC-Gruppe angehört, der von ihr verwalteten OGA und ihrer Anteilhaber festgelegt.

Diese Politik hat zum Ziel, keine Anreize zu einer übermäßigen Übernahme von Risiken, insbesondere im Vergleich zum Risikoprofil der verwalteten OGA, zu setzen.

Die Verwaltungsgesellschaft hat angemessene Maßnahmen zur Vermeidung von Interessenkonflikten getroffen.

Die Vergütungspolitik wird vom Vergütungsausschuss und Verwaltungsrat der HSBC Global Asset Management (France) angepasst und überwacht.

Die Vergütungspolitik ist auf der Internetseite unter folgender Adresse: www.assetmanagement.hsbc.com/fr abrufbar oder auf formlose schriftliche Anfrage bei der Verwaltungsgesellschaft kostenlos erhältlich.

• Von der AMF an folgendem Datum zugelassener OGAW:	12. Oktober 2010
• Datum der Auflegung:	Montag, 3. Januar 2011
• Dokument mit Stand:	30. November 2020

VERWALTUNGSREGLEMENT DES FONDS COMMUN DE**TITEL 1 - VERMÖGEN UND ANTEILE****Artikel 1 - Miteigentumsanteile**

Die Rechte der Miteigentümer werden in Anteilen ausgedrückt, wobei jeder Anteil einem gleich großen Anteil am Vermögen des Fonds entspricht. Jeder Anteilinhaber besitzt ein Miteigentumsrecht am Vermögen des Fonds entsprechend der Anzahl der ihm gehörenden Anteile.

Die Laufzeit des Fonds Commun de Placement beträgt 99 Jahre ab seiner Auflegung, außer im Fall einer vorzeitigen Auflösung oder einer Verlängerung, wie in diesem Verwaltungsreglement vorgesehen.

Es ist möglich, die Anteile des Fonds Commun de Placement zusammenzubringen oder aufzuteilen.

Die Anteile können auf Beschluss des Verwaltungsrats der Verwaltungsgesellschaft nach Zustimmung der Sponsoren in Tausendstel Anteilsbruchteile geteilt werden.

Die Bestimmungen des Verwaltungsreglements über die Ausgabe und Rücknahme von Anteilen gelten auch für die Anteilsbruchteile, deren Wert stets anteilig dem Wert des Anteils entspricht, den sie repräsentieren. Alle anderen Bestimmungen des Verwaltungsreglements über die Anteile gelten vorbehaltlich einer anderen Regelung auch für die Anteilsbruchteile, ohne dass dies ausdrücklich angegeben sein muss.

Schließlich kann der Verwaltungsrat der Verwaltungsgesellschaft bzw. ihr Vorsitzender nach eigenem Ermessen eine Teilung der Anteile durch Schaffung neuer Anteile, die den Inhabern im Austausch gegen die alten Anteile zugewiesen werden, vornehmen.

Artikel 2 - Mindestvermögen

Es dürfen keine Anteile zurückgenommen werden, wenn das Vermögen unter 300.000 Euro (dreihunderttausend Euro) sinkt; wenn das Vermögen während eines Zeitraums von 30 Tagen unter dieser Grenze liegt, unternimmt die Verwaltungs-gesellschaft die notwendigen Schritte zur Liquidation des betreffenden Fonds oder ergreift eine der Maßnahmen, die Artikel 411-16 des Règlement Général der AMF für eine wesentliche Fondsänderung (mutation) vorsieht.

Artikel 3 - Ausgabe und Rücknahme von Anteilen

Die Anteile werden jederzeit auf Antrag von Anteilinhabern auf der Grundlage ihres Netto-inventarwerts zuzüglich etwaiger Ausgabeaufschläge ausgegeben.

Zeichnungen und Rücknahmen erfolgen zu den Bedingungen und Modalitäten, die im Prospekt angegeben sind.

Die Anteile des Fonds können gemäß den geltenden Vorschriften zur Notierung an einer Börse zugelassen werden.

Zeichnungen müssen am Tag der Berechnung des Nettoinventarwerts voll eingezahlt sein. Sie können gegen Barzahlung und/oder Einbringung von Finanzinstrumenten erfolgen. Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, angebotene Wertpapiere abzulehnen. Für die Bekanntgabe ihrer Entscheidung steht ihr eine Frist von sieben Tagen ab dem Zeitpunkt der Hinterlegung zur Verfügung. Falls sie die Wertpapiere annimmt, werden diese gemäß den in Artikel 4 festgelegten Vorschriften bewertet, und die Zeichnung erfolgt auf der Grundlage des ersten Nettoinventarwerts nach Annahme der betreffenden Wertpapiere.

Rücknahmen erfolgen nur gegen Barzahlung, außer bei einer Liquidation des Fonds, wenn sich die Anteilinhaber damit einverstanden erklärt haben, die Rückzahlung in Wertpapieren zu erhalten. Sie werden durch die depotführende Stelle innerhalb einer Frist von höchstens fünf Tagen nach dem Zeitpunkt der Bewertung des jeweiligen Anteils abgerechnet.

Diese Frist kann jedoch auf höchstens 30 Tage verlängert werden, wenn unter außergewöhnlichen Umständen eine Rücknahme die vorherige Veräußerung von Wertpapieren im Bestand des Fonds erfordert.

Außer im Falle der Erbfolge oder vorweggenommenen Erbfolge (donation-partage) ist die Abtretung oder Übertragung von Anteilen zwischen Inhabern oder von Inhabern zugunsten eines Dritten einer Rücknahme mit darauffolgender Zeichnung gleichgestellt; wenn es sich um einen Dritten handelt, muss der Betrag der Abtretung oder Übertragung gegebenenfalls durch den Begünstigten aufgestockt werden, damit mindestens der im gesamten Prospekt angegebene Mindestzeichnungsbetrag erreicht wird.

Nach Maßgabe von Artikel L. 214-8-7 des französischen Code Monétaire et Financier kann die Verwaltungsgesellschaft die Rücknahme von Anteilen durch den FCP und die Ausgabe neuer Anteile vorübergehend aussetzen, wenn außergewöhnliche Umstände und die Interessen der Anteilinhaber dies erfordern.

Der OGAW kann in Anwendung des dritten Absatzes des Artikels L. 214-8-7 des Code Monétaire et Financier die Ausgabe von Anteilen vorübergehend oder endgültig einstellen, wenn es zu Sachverhalten kommt, in denen die Schließung der Ausgabe von Anteilen erforderlich wird, wie beispielsweise durch Erreichen eines maximalen Nettovermögens oder durch Beendigung einer vorbestimmten Zeichnungsperiode. Der Auslöser dafür wird auf jegliche Weise mittels einer den bestehenden Anteilinhabern bekannt zugegebenen Information zugesandt, unter Angabe von Werten und Gründen, welche die teilweise oder vollkommene Sperre bedingt haben. Bei einer teilweisen Schließung wird die auf jegliche Weise zugesandte Information ausdrücklich die Einzelheiten nennen, nach denen die bestehenden Anteilinhaber auch während dieser teilweisen Sperre weiterhin Zeichnungen vornehmen können. Die Anteilinhaber werden ebenfalls auf jegliche Weise von der Entscheidung des OGAW oder der Verwaltungsgesellschaft in Kenntnis gesetzt, dass entweder die vollkommene oder teilweise Sperre für Zeichnungen (bei Unterschreiten der Auslöseschwelle) aufgehoben wird, oder die Sperre nicht aufgehoben wird (bei Änderung des Schwellenwertes oder der objektiven Sachverhalte, die zur Anwendung dieser Maßnahmen geführt haben). Die Geltendmachung einer Änderung für einen objektiven Sachverhalt oder einer Änderung der Auslöseschwelle für die genannte Maßnahme hat immer im Interesse der Anteilinhaber zu erfolgen. Die auf jegliche Weise zu übersendende Information erläutert die genauen Gründe für diese Änderungen.

Der Fonds behält sich das Recht vor, keine weiteren Zeichnungen anzunehmen, oder im Falle der Aufhebung des Kapitalschutzes zwischen dem Datum der Mitteilung und einschließlich dem Datum der Aufhebung.

Der Verwaltungsrat der Verwaltungsgesellschaft kann das Halten von Anteilen des Fonds durch jede Person oder jedes Unternehmen beschränken oder untersagen, welche(s) keine Anteile des Fonds halten darf (nachstehend eine „nicht zugelassene Person“), wie im Abschnitt „In Frage kommende Zeichner und Profil des typischen Anlegers“ des Prospekts definiert.

Zu diesem Zweck kann der Verwaltungsrat der Verwaltungsgesellschaft:

- (i) die Ausgabe jedes Anteils ablehnen, wenn eine solche Ausgabe dem Anschein nach zur Folge hätte oder haben könnte, dass die betreffenden Anteile unmittelbar oder mittelbar zugunsten einer nicht zugelassenen Person gehalten werden;
- (ii) von einer Person oder einem Unternehmen, deren bzw. dessen Name in den Büchern der depotführenden Stelle erscheint, jederzeit alle Angaben zusammen mit einer eidesstattlichen Versicherung verlangen, die er für erforderlich hält, um festzustellen, ob der wirtschaftliche Eigentümer der betreffenden Anteile eine nicht zugelassene Person ist oder nicht;
- (iii) falls die in (ii) genannten Angaben nicht übermittelt werden oder sich herausstellt, dass ein Inhaber eine nicht zugelassene Person ist, Angaben über den betreffenden Anleger an die zuständigen Steuerbehörden des Landes bzw. der Länder, mit dem bzw. denen Frankreich ein Abkommen über einen Informationsaustausch geschlossen hat, weitergeben; und
- (iv) wenn er glaubt, dass eine Person oder ein Unternehmen (i) eine nicht zugelassene Person und (ii) alleine oder zusammen mit einer anderen Person der wirtschaftliche Eigentümer der Anteile ist, jede neue Zeichnung von Anteilen des Fonds durch den betreffenden Inhaber untersagen, den betreffenden Inhaber zwingen, seine Anteile an dem Fonds zu veräußern, oder in bestimmten Fällen alle von dem betreffenden Inhaber gehaltenen Anteile zwangsweise zurückzunehmen.

Die zwangsweise Rücknahme ist von der depotführenden Stelle der nicht zugelassenen Person auf der Basis des Nettoinventarwerts nach Ergehen der formellen Entscheidung der Verwaltungsgesellschaft, ggf. abzüglich anwendbarer Kosten, Abgaben und Gebühren, die von der nicht zugelassenen Person zu tragen sind, durchzuführen.

Der formellen Entscheidung der Verwaltungsgesellschaft geht eine Stellungnahmefrist voraus, deren Dauer vom jeweiligen Fall abhängt, aber mindestens 10 Tage betragen muss, in der der wirtschaftliche Eigentümer der Anteile gegenüber dem zuständigen Organ der Verwaltungsgesellschaft Stellung nehmen kann.

Unter Anwendung der Artikel L. 214-8-7 des französischen Code monétaire et financier und 411-20-1 des Règlement Général der AMF kann die Verwaltungsgesellschaft beschließen, die Rücknahmen (oder „Gates“) zu begrenzen, wenn besondere Umstände dies verlangen und die Interessen der Anteilhaber oder der Öffentlichkeit dies erfordern.

Die Funktionsweise des Mechanismus zur Festlegung einer Obergrenze und die Modalitäten für die Information der Anteilhaber müssen genau beschrieben werden.

Die maximale Dauer des Mechanismus zur Festlegung einer Obergrenze wird auf 20 Nettoinventarwerte über höchstens drei Monate und einen maximalen Begrenzungszeitraum von einem Monat festgelegt. Spätestens, wenn die festgelegte Frist abgelaufen ist, muss die Verwaltungsgesellschaft den Gate-Mechanismus aufheben und eine andere außerordentliche Lösung in Betracht ziehen, wobei es sich insbesondere um die Aussetzung der Rücknahmen oder die Liquidation des Organismus für gemeinsame Anlagen handeln kann.

Artikel 4 – Berechnung des Nettoinventarwerts

Die Berechnung des Nettoinventarwerts der Aktien erfolgt unter Beachtung der Bewertungsvorschriften, die im Prospekt angegeben sind.

TITEL II

BETRIEB DES FONDS

Artikel 5 - Die Verwaltungsgesellschaft

Der Fonds gehört keiner AMF-Klassifikation an. Er verfügt über einen von HSBC France bereitgestellten Kapitalschutz.

Die Verwaltungsgesellschaft handelt unter allen Umständen im ausschließlichen Interesse der Anteilhaber und ist allein berechtigt, die Stimmrechte, die mit den im Fonds enthaltenen Wertpapieren verbunden sind, auszuüben.

Artikel 5a - Vorschriften zum Betrieb

Die Finanzinstrumente und Einlagen, die in das Vermögen des OGAW aufgenommen werden dürfen, sowie die Anlagevorschriften sind im Prospekt aufgeführt.

Artikel 5b - Zulassung zum Handel an einem geregelten Markt und/oder in einem multilateralen Handelssystem

Die Anteile können gemäß den geltenden Vorschriften zum Handel an einem geregelten Markt und/oder in einem multilateralen Handelssystem zugelassen werden. Falls das Anlageziel des Fonds, dessen Anteile zum Handel an einem geregelten Markt zugelassen sind, auf einem Index basiert, muss der Fonds Verfahren einrichten, um sicherzustellen, dass der Kurs seiner Anteile nicht wesentlich von seinem Nettoinventarwert abweicht.

Artikel 6 - Verwahrstelle

Die Verwahrstelle ist für die Aufgaben zuständig, die ihr nach den geltenden Rechtsvorschriften obliegen, sowie für die Aufgaben, die ihr von der Verwaltungsgesellschaft vertraglich übertragen werden. Sie hat sich insbesondere der Ordnungsmäßigkeit der Entscheidungen der Portfoliogesellschaft zu versichern. Sie muss gegebenenfalls alle von ihr als erforderlich erachteten Schutzmaßnahmen treffen.

Im Falle einer Streitigkeit mit der Verwaltungsgesellschaft unterrichtet sie die französische Finanzaufsichtsbehörde (Autorité des Marchés Financiers - AMF).

Artikel 7 - Abschlussprüfer

Der Verwaltungsrat der Verwaltungsgesellschaft bestellt nach Genehmigung der französischen Finanzaufsichtsbehörde einen Abschlussprüfer.

Der Abschlussprüfer bescheinigt die Richtigkeit und Ordnungsmäßigkeit der Abschlüsse.

Er kann wieder bestellt werden.

Der Abschlussprüfer ist verpflichtet, der französischen Finanzaufsichtsbehörde umgehend alle Tatsachen und Entscheidungen bezüglich des OGAW zu melden, von denen er bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben Kenntnis erhalten hat, soweit diese:

1. eine Verletzung der für den OGAW geltenden Rechtsvorschriften darstellen und wesentliche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des OGAW haben können
2. die Bedingungen oder die Fortführung der Tätigkeit des OGAW beeinträchtigen können
3. Einschränkungen im oder die Versagung des Bestätigungsvermerks zur Folge haben können.

Die Bewertungen der Vermögenswerte und die Ermittlung des Umtauschverhältnisses bei Umwandlungen, Verschmelzungen oder Spaltungen erfolgen unter der Kontrolle des Abschlussprüfers.

Er bewertet jede Sacheinlage in eigener Verantwortung.

Er überprüft die Zusammensetzung des Vermögens und der sonstigen Bestandteile vor der Veröffentlichung.

Das Honorar des Abschlussprüfers wird anhand eines Prüfungsplans, in dem die für erforderlich gehaltenen Maßnahmen aufgeführt sind, einvernehmlich zwischen dem Abschlussprüfer und dem Verwaltungsrat der Verwaltungsgesellschaft vereinbart.

Er bescheinigt die Umstände, auf deren Grundlage Zwischenausschüttungen vorgenommen werden.

Das Honorar des Abschlussprüfers ist in den externen Verwaltungskosten, die der Verwaltungsgesellschaft entstehen, enthalten.

Artikel 8 - Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht

Zum Ende jedes Geschäftsjahres erstellt die Verwaltungsgesellschaft eine Bestandsaufnahme der verschiedenen Elemente der Aktiva und Passiva, die Ergebnisrechnung, den Anhang und die Finanzlage des Fonds und verfasst einen Rechenschaftsbericht des Fonds für das abgelaufene Geschäftsjahr.

Die Verwaltungsgesellschaft erstellt mindestens halbjährlich unter der Kontrolle der Verwahrstelle eine Aufstellung des Vermögens des OGA.

Die Verwaltungsgesellschaft stellt diese Dokument den Anteilhabern innerhalb von vier Monaten nach dem Ende des Geschäftsjahres bereit und teilt ihnen den Betrag der Erträge mit, auf den Sie Anspruch haben: Diese Dokumente werden entweder auf ausdrücklichen Antrag der Anteilhaber per Post übermittelt oder ihnen bei der Verwaltungsgesellschaft bereitgestellt.

TITEL III

VERWENDUNG DER AUSSCHÜTTUNGSFÄHIGEN BETRÄGE

Artikel 9 – Verwendung der ausschüttungsfähigen Beträge

Das Nettoergebnis des Geschäftsjahres entspricht der Summe der Zinsen, rückständigen Zinsen, Dividenden, Prämien und Gewinne aus Losanleihen, Vergütungen sowie sämtlichen Erträgen aus den Wertpapieren, die das Portfolio des Fonds bilden, zuzüglich der momentan verfügbaren Beträge und abzüglich der Verwaltungsgebühren und Kosten für Kreditaufnahmen.

Die Ausschüttungen eines Organismus für gemeinsame Anlagen in Wertpapiere setzen sich wie folgt zusammen:

- (1) Nettoergebnis zuzüglich einbehaltene Gewinne und zu- bzw. abzüglich des Saldos des Ertragsausgleichskontos;
- (2) Im Geschäftsjahr verbuchte realisierte Veräußerungsgewinne (nach Abzug der Kosten) abzüglich realisierter Veräußerungsverluste (nach Abzug der Kosten) zuzüglich Netto-Veräußerungsgewinnen gleicher Art, die in vorherigen Geschäftsjahren verbucht und nicht ausgeschüttet oder thesauriert wurden, abzüglich oder zuzüglich des Ertragsausgleichs für realisierte Veräußerungsgewinne.

Die unter (1) und (2) genannten Summen können unabhängig voneinander insgesamt oder teilweise ausgeschüttet werden.

Die Verwendung der ausschüttungsfähigen Beträge ist im Prospekt geregelt.

TITEL IV**VERSCHMELZUNG - SPALTUNG - AUFLÖSUNG - LIQUIDATION****Artikel 10 - Verschmelzung - Spaltung**

Die Verwaltungsgesellschaft kann das Vermögen des Fonds ganz oder teilweise in einen anderen von ihr verwalteten OGAW einbringen oder den Fonds in zwei oder mehr andere Fonds aufspalten, deren Verwaltung sie übernimmt.

Eine solche Verschmelzung oder Spaltung darf erst nach entsprechender Unterrichtung der Anteilinhaber vorgenommen werden. Sie führt zur Ausstellung einer neuen Bescheinigung über die von jedem Inhaber gehaltene Anzahl Anteile.

Artikel 11 - Auflösung - Verlängerung der Laufzeit

Wenn das Vermögen des Fonds dreißig Tage lang unter der in vorstehendem Artikel II genannten Höhe liegt, unterrichtet die Verwaltungsgesellschaft die französische Finanzaufsichtsbehörde und löst den Fonds auf, sofern keine Verschmelzung mit einem anderen Fonds Commun de Placement erfolgt.

Im Falle der Aufhebung des Kapitalschutzes kann die Verwaltungsgesellschaft jedoch den Fonds vorzeitig auflösen.

Die Verwaltungsgesellschaft löst den Fonds auf, wenn die Rücknahme aller Anteile beantragt wird, die Verwahrstelle ihre Aufgaben nicht mehr wahrnimmt und keine andere Verwahrstelle bestellt worden ist, oder wenn die Laufzeit des Fonds endet und nicht verlängert worden ist. Sie kann den Fonds ebenfalls im Falle der Verwendung von Artikel 2 der Garantievereinbarung auflösen.

Die Verwaltungsgesellschaft teilt der französischen Finanzaufsichtsbehörde brieflich den Termin der Auflösung und das Auflösungsverfahren mit. Danach übersendet sie der Finanzaufsichtsbehörde den Bericht des Abschlussprüfers.

Die Verlängerung der Laufzeit eines Fonds kann von der Verwaltungsgesellschaft im Einvernehmen mit der Verwahrstelle und den Sponsoren beschlossen werden. Ein solcher Beschluss muss mindestens drei Monate vor Ablauf der vorgesehenen Laufzeit des Fonds gefasst und den Anteilinhabern sowie der französischen Finanzaufsichtsbehörde mitgeteilt werden.

Artikel 12 - Liquidation

Im Falle der Auflösung nimmt die Verwaltungsgesellschaft oder die Liquidation vor. Falls dies unterbleibt, wird auf Antrag einer beteiligten Person per Gericht ein Liquidator ernannt. Den jeweiligen Liquidatoren werden zu diesem Zweck die weitestgehenden Befugnisse zur Veräußerung des Vermögens, Befriedigung etwaiger Gläubiger und Verteilung des verbleibenden Betrages an die Anteilhaber in bar oder in Sachwerten erteilt.

Der Abschlussprüfer und die Verwahrstelle üben ihre Aufgaben bis zum Ende der Liquidation aus.

TITEL V

RECHTSSTREITIGKEITEN

Artikel 13 - Gerichtsstand - Erfüllungsort

Gerichtsstand für alle Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit dem Fonds, die während seiner Laufzeit oder bei seiner Liquidation zwischen den Anteilhabern oder zwischen diesen und der Verwaltungsgesellschaft oder der Verwahrstelle entstehen können, sind die zuständigen Gerichte.

- | | |
|---|---------------------------|
| • Von der AMF an folgendem Datum zugelassener OGAW: | 12. Oktober 2010 |
| • Datum der Auflegung: | Montag, 3. Januar 2011 |
| • Dokument mit Stand: | Montag, 30. November 2020 |

Zusätzliche Informationen für Anleger in der Bundesrepublik Deutschland

Als deutschen Zahl- und Informationsstelle in der Bundesrepublik Deutschland ist die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG
Königsallee 21-23
40212 Düsseldorf

(nachfolgend: „deutschen Zahl- und Informationsstelle“) bestellt worden. Anträge auf Rücknahme oder Umschichtung von Anteilen können bei der deutschen Zahl- und Informationsstelle eingereicht werden.

Sämtliche Zahlungen an die Anleger (Rücknahmeerlöse, etwaige Ausschüttungen und sonstige Zahlungen) können auf deren Wunsch über die deutsche Zahl- und Informationsstelle geleitet werden.

Die Satzung der Gesellschaft, der aktuelle Prospekt, die wesentlichen Anlegerinformationen sowie die Jahres- und Halbjahresberichte sind bei der deutschen Zahl- und Informationsstelle während der normalen Bürozeiten kostenlos erhältlich. Dort können auch Kopien des Vertrages mit der Verwaltungsgesellschaft, des Depotbank- und Verwahrstellenvertrages, des Vertrages mit dem beauftragten Rechnungsführer sowie der Verträge mit den Vertriebsstellen während der normalen Bürozeiten kostenlos eingesehen werden.

Die Ausgabe- und Rücknahmepreise sind bei der deutschen Zahl- und Informationsstelle kostenlos erhältlich und werden auf der Internetseite www.assetmanagement.hsbc.com/de veröffentlicht. Sonstige Angaben und Unterlagen, die in Frankreich zu veröffentlichen sind, mit Ausnahme der oben genannten Verträge, werden ebenfalls auf der Internetseite www.assetmanagement.hsbc.com/de veröffentlicht.

Gemäß § 298 Abs. 2 des Kapitalanlagegesetzbuches (KAGB) erfolgt die Information der Anteilinhaber in Deutschland in den folgenden Fällen mittels Anlegerschreiben und einer Veröffentlichung auf der Internetseite www.assetmanagement.hsbc.com/de:

- Aussetzung der Rücknahme der Anteile eines Teilfonds,
- Kündigung der Verwaltung eines Teilfonds oder dessen Abwicklung,
- Änderungen der Satzung, die mit den bisherigen Anlagegrundsätzen nicht vereinbar sind, die wesentliche Anlegerrechte berühren oder die Vergütungen und Aufwendererstattungen betreffen, die aus den Teilfonds entnommen werden können,
- Verschmelzung von Teilfonds in Form von Verschmelzungsinformationen, die gemäß Artikel 43 der Richtlinie 2009/65/EG zu erstellen sind, und
- Umwandlung eines Teilfonds in einen Feederfonds oder die Änderung eines Masterfonds in Form von Informationen, die gemäß Artikel 64 der Richtlinie 2009/65/EG zu erstellen sind.